



Tätigkeitsbericht 2008 der Grünen Bildungswerkstatt Wien

pB00 Diverses

pB00.001 Restposten 2007

Teilkosten 350

Projektkosten: 350,BB

pB01 Werkstattgespräche

pB01.001 Reichtumsbiographien

Die beiden Seiten der Kapitalverteilungs-Medaille

Eine Gegenüberstellung von ausgewählten Reichtumsbiographien und typologisierten Armutslagen regte am 18. November 2008 in der Grünen Bildungswerkstatt zur Diskussion an, welche politischen Strategien im "Verteilungskampf" benötigt werden. Die Vortragenden David Ellensohn (Stadtrat der Grünen Alternative Wien) und Veronika Litschel (Grüne Alternative Wien) stellten am Beginn der Veranstaltung Reichtumsbiographien vor.

Johann T. Graf gründete vor rund 30 Jahren eine Firma für Automatenhandel und begann nach Erwerb der Generalvertretung für den "einarmigen Banditen" ins Ausland zu exportieren. Heute ist er Besitzer des Konzerns Novomatic Group of Companies und macht damit einen jährlichen Gewinn von 200 Mio. Euro (2006). Die Konzernzentrale - trotz ihrer starken Exportorientierung - in Österreich zu belassen könnte auch auf die Steuerbedingungen, wie den günstigen Unternehmenssteuersatz, die Reduktion der Körperschaftssteuer und der Gewinnbesteuerung, zurückzuführen sein.

Ein weiteres Beispiel für eine 'self-made'-Karriere ist die Familie Turnauer: Ein Großteil des Erbes der Kinder wurde in Privatstiftungen der Familie in Liechtenstein

angelegt. Damit konnten sie auf unkomplizierte Weise österreichische Steuerverpflichtungen umgehen. Diese Stiftungen tragen wiederum einen Mehrheitsanteil an der Constantia Industries AG und Constantia Verpackungen AG. Das Gesamtvermögen der Familie Turnauer wird auf 1,3 Milliarden Euro geschätzt. Dass hier die LeistungsträgerInnen mit den genannten Personen nicht unbedingt übereinstimmen, wird an diesen Beispielen ersichtlich.

Die andere Seite der Medaille

Diese "Erfolgsbiographien" mit den viel häufigeren Armutslagen zu kontrastieren, ist Aufgabe einer gesellschaftskritischen Aufklärung. Um eine Stigmatisierung einzelner "armer" BürgerInnen zu vermeiden, werden Personen erfunden, ihre Situationen aber realistisch nachempfunden. So ist ein 16-jähriger Junge bereits verschuldet; ein "working poor", dessen Lohn stetig sinkt, kann die steigenden Lebenserhaltungskosten nicht mehr aufbringen, während andere Menschen aufgrund von Spielsucht mit 55.000 € verschuldet sind, um nur einige Beispiele anzuführen.

Die plastische Darstellung dessen, wie Menschen reich werden können und ihr jeweiliges Gegenüber mit dem Erhalt der Existenzgrundlage zu kämpfen hat, löste in erster Linie Empörung und Ohnmacht aus. Kann und soll dies aber das Ziel einer Studie über die Probleme der Umverteilung sein? Die Vortragenden selbst wiesen auf die Problematik hin, die mit der Benutzung von Reichtumsbiographien als politisches Instrument einher geht. Man läuft Gefahr, sich populistischer Mittel zu bedienen, die wichtige Sachverhalte und Zusammenhänge nicht konkret zur Sprache bringen.

Individuum vs. Struktur

Es ergibt sich ein Spannungsfeld zwischen individuellen Geschichten und systemischen Strukturen, woraus die Frage resultiert, wo angesetzt werden soll, um wirtschaftliche Missstände aufzuzeigen und zu politischem Handeln anzuregen. Letzteres wird durch die Provokation von Emotionen leichter erreicht, dennoch muss die Verbindung zu den strukturellen Bedingungen hergestellt werden, um angemessene politische Strategien entwickeln zu können.

So liegt ein Anspruch der Studie in der Entmythologisierung des "self-made-man", der vom/von der TellerwäscherIn zum/r MillionärIn avanciert, denn ohne öffentliche Beihilfen, Steuerbegünstigungen, persönliche Beziehungen, hätten Reichtumsbiographien sich wohl so nicht schreiben lassen. Gleichzeitig ist es wichtig aufzuzeigen, dass Menschen nicht nur durch Eigenverschulden in Armutslagen geraten, sondern dies unmittelbares Resultat der wirtschaftlichen Umverteilung "nach oben" ist. Dieser Zusammenhang soll und muss sichtbar gemacht werden. Damit wird ein Schritt in Richtung politische Handlung getätigt, nämlich sich dem dominanten Diskurs des 'jedeR ist seines/ihres Glückes Schmied' entgegen zu stellen.

An welcher Schraube drehen?

Die Diskussionsleiterin stellt im Anschluss die Frage nach Forderungen an die Grünen, wodurch gleichzeitig die Suche nach geeigneten politischen Strategien angeregt werden müsse. Es gehe "um die strategische Vorbereitung auf den Verteilungskampf", wie einige DiskutanInnen einbrachten. Konkrete Forderungen lassen sich daraus ableiten: Die vielfältigen Formen von Ausbeutung müssen öffentlich gemacht werden, um eine Solidarisierung mit Menschen in Armutslagen zu erreichen. Darüber hinaus muss grundsätzlich in aktuelle Verteilungsmuster von Reichtum eingegriffen werden;

Wenn durch die Darstellung individueller Lebensgeschichten die Verbindung zu den strukturellen, wirtschaftlichen Bedingungen nicht gekappt wird, kann die Gegenüberstellung von Reichtumsbiographien und Armutslagen sehr wohl helfen, Menschen auf gesellschaftliche Missstände aufmerksam zu machen und eine politische Diskussion auszulösen.

Wie wir jedoch das Werkzeug erlangen können, um an den (richtigen) Schrauben der Umverteilung zu drehen, damit sich das Kapital nicht in den Händen der Reichen

häuft, sondern den Armen soziale und wirtschaftliche Grundlagen und Möglichkeiten verschafft, ist noch Gegenstand der politischen Auseinandersetzung, innerhalb der Grünen ebenso wie in den sozialen Bewegungen, die sich für eine Umverteilung von oben nach unten engagieren.

Am 18.11.08 in Wien
TN 14
Teilkosten 68,95

pB01.002 Kopftuchdebatte

Die Veranstaltung fand nicht statt.

Projektkosten: 68,95

pB02 Bildungsangebote Grüne Basis

pB02.001 Frauen und Macht Reihe

Die Veranstaltungsreihe war insbesondere beim 1. Themenkreis „Frauen und Kapitalismus“ besonders erfolgreich (Über 200 InteressentInnen). Die beiden anderen Themenkreise hatten einen kleineren Wirkungskreis (ca. 40 pro Thema), konnten dafür jedoch auch nach persönlichem Interesse der TeilnehmerInnen genauer bearbeitet werden.

Themenkreis 3: Frauen und Migration 2008

Bedrohen Migration und die Anerkennung von Minderheitenrechten feministische Errungenschaften oder gibt es Schnittstellen und gemeinsame Ansätze im Sinne einer emanzipatorischen Politik? Aktuelle Entwicklungen in Einwanderungsgesellschaften stellen feministische Theorieansätze sowie feministische Politik jedenfalls vor neue Herausforderungen. Referat

und Workshop werden die gegenwärtigen Debatten zur Vereinbarkeit von Multikulturalismus und Geschlechtergleichheit aus einer feministischen und antirassistischen Perspektive diskutieren. Im Workshop wird die Problemstellung anhand von ausgewählten Praxisfeldern (politische Regelungen und Diskussionen um das muslimische Kopftuch, Hausarbeitsmigration) vertiefend bearbeitet.

Vortrag: Frauen und Migration, Migration und Geschlechtergleichheit: Widerspruch – Spannungsfeld – Chance?

Termin: Donnerstag, 10. Jänner 2008, 19:00 Uhr

Ort: Klublokal der Grünen Neubau, Hermannsgasse 25, 1070 Wien

Referentinnen: Karin Liebhart und Leila Hadj-Abdou

Workshop: Frauen und Migration, Migration und Geschlechtergleichheit: Widerspruch – Spannungsfeld – Chance?

Termin: Freitag, 11. Jänner 2008, 16:00 – 19:00 Uhr

Ort: Klublokal der Grünen Neubau, Hermannsgasse 25, 1070 Wien

Referentinnen: Karin Liebhart und Leila Hadj-Abdou

Multikulti, Toleranz und der Sexismus der anderen

Wie entwickelte sich die Diskussion um Migration in Österreich? Und wie kann mit dem Spannungsverhältnis von Differenz und Ungleichheit politisch umgegangen werden? Der Bericht versucht, Antworten auf diese Fragen zu formulieren.

Im Rahmen der feministischen Herbstreihe "Frauen und Macht" organisierte die Grüne Bildungswerkstatt Wien gemeinsam mit den Grünen Frauen am 10. Jänner einen Vortragsabend unter dem Titel "Migration und Geschlechtergleichheit: Widerspruch –

Spannungsfeld – Chance?". Karin Liebhart und Leila Hadj-Abdou vom Institut für Politikwissenschaft der Uni Wien diskutierten dabei intensiv mit grünen Aktivistinnen aktuelle Probleme und Konzepte in der Auseinandersetzung um Feminismus, Rassismus und Multikulturalismus.

Zum abendlichen Vortrag in den Räumlichkeiten der Grünen in Wien Neubau fanden sich ungefähr 20 - fast ausschliesslich weibliche - AktivistInnen zusammen. Nach einem gemeinsam von Karin Liebhart und Leila Hadj-Abdou gehaltenen Referat entwickelte sich eine spannende Diskussion. Persönliche Erfahrungen mit Migration und interkulturellem Zusammenleben im Alltag, Beruf und politischer Praxis bereicherten dabei die theoretische Auseinandersetzung mit dem Thema.

Das Bild vom sexistischen Immigranten

Einleitend boten Liebhart und Hadj-Abdou einen Überblick über den Wandel der Diskussion um Migration in den letzten 30 Jahren. Europa war lange Zeit vor allem mit Migration in Form von Auswanderung konfrontiert. Mitte der 1970er Jahre setzte eine stärkere Binnenwanderung ein, wodurch sich auch die Diskussion um das Thema Migration veränderte. Liebhart zufolge war Migration als politisches Streitthema in Österreich in erster Linie mit dem Aufstieg der FPÖ und der Grünen ab Mitte der 1980er Jahre verbunden. Diese beiden Parteien besetzten öffentlichkeitswirksam gegensätzliche politische Positionen zu Migrationsfragen. ÖVP und SPÖ schalteten sich erst später in die Diskussion ein.

Der Fall der Mauer

Ein wesentlicher Wandel in der Thematisierung von Migration in der Öffentlichkeit hängt, so Hadj-Abdou, mit dem Fall des eisernen Vorhangs zusammen. Während Migration bis dahin hauptsächlich im arbeitsmarktpolitischen Kontext diskutiert wurde, wurde das Thema Migration nach 1989 als sicherheitspolitisches Bedrohungsszenario öffentlich neu definiert. Rund um das AusländerInnenvolksbegehren formierten sich nun auch zivilgesellschaftliche Organisationen zum Thema Migration. In diesem Kontext entwickelte sich eine intensivere Diskussion um Geschlechtergerechtigkeit und Migration. Von PolitikerInnen unterschiedlicher Parteien wurden dabei feministische Argumente selektiv aufgenommen, um EinwanderInnen, in Abgrenzung zur Mehrheitsbevölkerung, als besonders sexistisch darzustellen. Damit sollte eine restriktivere Einwanderungspolitik legitimiert werden. In Österreich blieben jedoch, im Gegensatz zu Deutschland, die Parteien die wesentlichen ProtagonistInnen der Diskussion. Feministische Gruppen und Minderheitenorganisationen fanden und finden, Hadj-Abdou zufolge, nach wie vor wenig Gehör in der Öffentlichkeit.

Liberaler, multikultureller und postkolonialer Feminismus

In einem zweiten Teil des Vortrags stellte Hadj-Abdou aktuelle feministische Positionen vor, die für das Verständnis des Spannungsfelds kulturelle Selbstbestimmung und Gleichberechtigung der Geschlechter wesentlich sind. Bei der Vorstellung des liberalen Feminismus bezog sich Hadj-Abdou auf Susan Moller Okin. Diese plädiert für eine Gleichbehandlung aller Individuen, egal ob Mann oder Frau, und unabhängig von ihrer kulturellen Prägung. Aus diesem Grunde sollten auch Minderheitengruppen nicht in besonderer Weise behandelt werden, vor allem wenn in diesen Frauen unterdrückt würden. KritikerInnen betonen, so streicht Hadj-Abdou hervor, dass dieser Zugang in der Praxis oft dazu führe, dass die Mehrheitskultur als selbstverständliche Norm gesehen und Differenzen als negativ wahrgenommen werden. Weiters lässt sich dagegen anführen, dass durch die fehlende Anerkennung kultureller Unterschiede weitere Ungleichheiten geschaffen und feministische Praktiken innerhalb der Minderheitskultur geschwächt werden können.

Demgegenüber betone ein multikulturalistischer Feminismus die Berücksichtigung kultureller Unterschiede. Unterschiedliche subjektive Identitäten sollen Platz zur Entfaltung haben. Entsprechend gilt es Institutionen in Minderheitskulturen zu fördern,

unterschiedliche Frauen in Entscheidungsprozesse einzubeziehen und die Definitionsmacht für Probleme nicht der dominanten Kultur zu überlassen. Dieser Position stellte Hadj-Abdou postkoloniale Feminismen gegenüber. Sie kritisieren das Bild von starren, kaum veränderbaren Kulturen im liberalen wie im multikulturellen Feminismus. Gleichzeitig betonen sie, dass sich sowohl die Kultur einer EinwanderInnengruppe wie auch jene der Mehrheitsgesellschaft ständig verändert und neu konstruiert. Das bedeutet auch, dass sich auch in jeder Kultur ständig die Positionierung von Frauen verändert. Maßnahmen gegenüber bestimmten Gemeinschaften müssen demnach diese ungleiche Dynamik berücksichtigen. Dabei muss darauf geachtet werden, wo Differenzen konstruiert werden und sich zu Ungleichheiten verfestigen, betonte Hadj-Abdou.

Intersektionalität als Analysekonzept

Nachdem Hadj-Abdou unterschiedliche feministische Positionen darstellte bot Liebhart den TeilnehmerInnen mit der Intersektionalität ein Analysekonzept an, um die dynamische Beziehung von Sexismen, Rassismen und anderen Dominanzpraktiken verstehen zu können. „Es gibt keinen Sexismus an sich und dazu zu einen rassistischen Sexismus“, betonte Liebhart und verdeutlichte daran eine Kernidee des Intersektionalismus. Es gehe nicht darum Dominanzverhältnisse wie Sexismus und Rassismus, erst analytisch zu trennen, zu verallgemeinern und dann als sich überlagernd oder ergänzend zu sehen. Vielmehr gelte es deren dynamische Verschränkung in unterschiedlichen Kontexten näher zu beleuchten. Dementsprechend kann auch kein Dominanzverhältnis wichtiger als ein anderes gesehen werden. „Sie wirken im jeweiligen Kontext immer in spezieller sich ständig verändernder Art und Weise zusammen“, betonte Liebhart.

Lust an der Differenz

In der anschließenden Diskussion wurde die aktuelle Debatte um das Tragen von Kopftüchern bei öffentlichen AmtsträgerInnen herangezogen, um die praktischen Konsequenzen der vorgestellten Konzepte zu verdeutlichen. Dabei geriet vor allem der Begriff der Toleranz in die Kritik. Eine TeilnehmerIn betonte, dass dieser praktisch vielmehr Intoleranz fördere und selbst ein Dominanzverhältnis widerspiegele. Daraufhin tauchte der Vorschlag auf, statt Toleranz Respekt zu verwenden, da dieser Begriff Anerkennung als auch Kritik des Anderen und des Eigenen ermögliche. Des weiteren wurde diskutiert, wie man nun mit Differenz zwischen Frauen umgehen und gleichzeitig Gleichheit fordern könne. Dabei wurde betont, dass man Differenzen nie zementieren, aber trotzdem respektieren solle. Ja, es wurde sogar von einer „Lust an der Differenz“ gesprochen. Abschließend bemerkten die Vortragenden, dass man politische wie kulturelle Differenzen akzeptieren und trotzdem als Frauen solidarisch handeln könne. (pt)

Die Kooperationsveranstaltung war insbesondere bei der Etablierung eines Kontaktes zu den Grünen Frauen sehr erfolgreich.

Am 10.01.08 in Wien

TN 350

Teilkosten 1.397,1

pB02.002 Grünalternative Stadtentwicklung

ist ein Projekt, in dem Wissen über Stadt, Entwicklung und Planung gemeinsam erarbeitet und vertieft werden. Durch die Analyse urbaner Trends in den Bereichen Planung, Verkehr, Wirtschaft, Umwelt und Demokratie wird eine Gegenüberstellung von real ablaufenden und gewünschten Entwicklungen möglich.

Zur Methode:

„Grünalternative Stadtentwicklung“ organisiert das gemeinsame Lernen als Dialog, indem das Wissen aller Beteiligten für das gemeinsame Lernen ausgenützt wird.

Gespräch und Teamarbeit sind ebenso wichtig wie vortragsähnliche Inputs und Filme. Jedes Modul baut auf Inputs externer ExpertInnen und GrünpolitikerInnen auf.

Der Lehrgang „Grünalternative Stadtentwicklung 08“ bestand aus vier zweitägigen Modulen. Teilgenommen haben Interessierte aus Wien und aus verschiedenen Bundesländern. Mit dabei waren viele TN aus dem universitären Umfeld (Uni-MitarbeiterInnen und Studierende), Menschen, die sich in ihrem Beruf mit Stadtentwicklung im weitesten Sinn beschäftigen (städtische Angestellte, BeraterInnen) und grüne FunktionärInnen in den Bezirken und Städten. Jedes Modul begann mit einem Vortrag der eingeladenen ExpertInnen und wurde anschließend mit einer moderierten Diskussion fortgesetzt. Die Fortsetzung am zweiten Tag begann mit einem Impulsreferat Grüner PolitikerInnen zu den Themen des Moduls. Danach wurden die Themen von den TeilnehmerInnen weiterbearbeitet. Dabei kamen unterschiedlichen Methoden zum Einsatz (Gruppenarbeiten, Kurzpräsentationen, Podiumsdiskussion etc.).

Die Seminarleitung hat alle Unterlagen (Vorträge, Präsentationen, fotografische Dokumentation) allen TN elektronisch sowie in einer Seminarmappe zur Verfügung gestellt. Vor Ort stand auch stets ein Handapparat an Fachbüchern zur Verfügung.

Am 29.02.08 in Wien

TN 37

Teilkosten 12706,36

pB02.003 Grüne Weiterbildung

Der Lehrgang „Politische Theorie und Geschichte der Grünen“ wurde zum zweiten Mal im Rahmen des Programms „Grüne Weiterbildung“ von der Grünen Alternative Wien in Kooperation mit der Grünen Bildungswerkstatt Wien durchgeführt.

Modul 1 (17./18.10.2008): Was ist grün?

Die Grünen haben sich in Österreich als neue politische Kraft etabliert. Doch was ist „grün“? Und was erst „grün alternativ“?

Das Seminar beginnt mit einer Annäherung an den Begriff „Ideologie“: Was bedeutet Ideologie für die TeilnehmerInnen? Welche positiven, welche negativen Konnotationen dieses Begriffs gibt es? Um in der Folge anhand des klassischen ideologischen Links-Rechts-Schemas erste Versuche der persönlichen Verortung vorzunehmen.

Nach dem Einholen einer Außensicht zu den Grünen, ihren Veränderungen und aktuellen Herausforderungen, knüpfen die TeilnehmerInnen an ihrem eigenen Zugang zu den Grünen an: Warum engagiere ich mich politisch? Warum bei den Grünen? Welches sind die beiden wichtigsten grünen Grundwerte für mich?

Die letzte Sequenz des Seminars ist dem Versuch gewidmet, die Politik der Grünen im ideologischen Spektrum zu verorten. Zu den Begriffen links / rechts / liberal / bürgerlich / sozialdemokratisch / alternativ werden die Fragen bearbeitet: Was ist an den Grünen links? rechts? etc. Mit welchen Grundwerten hat das zu tun? Welche Beispiele aus der grünen Politik der letzten Zeit fallen uns dazu ein?

Die bearbeiteten Fragen sind für viele TeilnehmerInnen ungewohnt und werden engagiert aufgenommen und diskutiert. Das Lernziel, Lust auf ideologische Verortung zu machen und eine unreflektiert deklarierte Ideologiefreiheit in Frage zu stellen, dürfte gelungen sein.

Gast: Roland Atzmüller (FORBA)

Modul 2 (07./08.11.2008): Von der Bewegung zur Partei

Zum Einstieg gehen die TeilnehmerInnen – hauptsächlich Menschen, die sich erst seit relativ kurzer Zeit grün-politisch engagieren – in Kleingruppen eine als Zeitlinie dargestellte Geschichte der Grünen ab, reflektieren ihren jeweiligen Wissensstand und sichten aus ihrer Sicht interessante Fragen zur Grünen Geschichte. Danach gibt

es einen Überblick über die Ereignisse rund um die Entstehung der grünen Bewegung und Partei in den 1970er-1980er Jahren. Anschließend erzählen die beiden Gäste von den Gründungsideen und der Entwicklung der Österreichischen und Deutschen Grünen aus ihrer Sicht. Eine angeregte Diskussion schließt den Abend ab.

Der nächste Tag beginnt mit einem weiteren Input zum gesellschaftspolitischen Umfeld, in dem es zur Entstehung der Grünen kam sowie zur Gründungsidee der verschiedenen Rollen von Klub, Partei und Grüner Bildungswerkstatt (3-Säulen-Modell, Standbein-Spielbein-Modell). Und danach die Auseinandersetzung mit einem weiteren Gast, der die Entwicklung der Grünen aus Sicht eines Organisationsexperten nachzeichnet.

Am Nachmittag wird in einer Gruppenarbeit die organisatorische Entwicklung der Grünen anhand eines Artikels von Daniel Kreutz („Risiken und Nebenwirkungen parlamentarischen Erfolgs“) aus unterschiedlichen Perspektiven (BasisaktivistInnen, ParlamentarierInnen, Regierungsmitgliedern) analysiert.

Lernziel: Erfassen der Grünen Partei nicht als starres Gebilde, sondern als Organisation mit Geschichte und stetig von den in ihr aktiven Menschen sowie der Umwelt gestaltet; Lust wecken, diese Partei und Politik mitzugestalten.

Gäste: Johannes Voggenhuber (ehem. Bundesgeschäftsführer der Grünen, Grüner Abg. im EU-Parlament) und Christa Nickels (Bündnis90 / Die Grünen, ehem. Staatssekretärin im Gesundheitsministerium);

Richard Timel (Organisationsberater)

Modul 3 (21./22.11.2008): Politik braucht Utopie – Grüne Politik braucht grüne Utopie

Zum Einstieg wird in Interviews das Ausgangsverständnis der TeilnehmerInnen zum Begriff „Utopie“ erforscht. Anschließend wird in einem Input anhand des Politikmodells von Antonio Gramsci der Utopie-Begriff in den Kontext von Politik und Gesellschaft gestellt.

Der zweite Tag beginnt mit einem Input zum Konzept der Revolutionären Realpolitik nach Rosa Luxemburg. Anschließend diskutieren vier Gäste mit unterschiedlichen Funktionen innerhalb der Grünen aus ihrer Sicht die Frage von Realpolitik und Utopie im politischen Alltag und ihre Bedeutung für grüne Politik.

Am Nachmittag gibt es zum Abschluss eine Gruppenarbeit mit der Frage, was es in der Grünen Partei braucht, um Politik zu machen, die die Welt verändert – mit der Aufforderung, erste konkrete Schritte zu erarbeiten, die jede/r für sich selbst angehen kann.

Lernziel: Realpolitik und Visionen bzw. utopische Konzepte nicht als Gegensätze, sondern in ihrem Zusammenhang für die politische Arbeit zu erkennen und so in der eigenen politischen Arbeit handlungsfähiger zu werden.

In der Abschlussreflexion zum gesamten Lehrgang äußern sich die TeilnehmerInnen sehr zufrieden – inhaltlich wurden die Lernziele erreicht; allgemein gelobt wird auch die Möglichkeit zur offenen Auseinandersetzung und Meinungsbildung.

Gäste: Christina Jahn (Gemeinderätin Graz), Jennifer Kickert (BV-Stellvertreterin Wien-Fünfhaus), Andreas Novy (Obmann GBW Wien), Albert Steinhauser (Abgeordneter zum Nationalrat)

Am 17.10.08 in Wien

TN 24

Teilkosten 4562,52

pB02.004 Lehrgang IGS

Kooperationspartner: Initiative Grüne SeniorInnen (IGS)

Übers ganze Jahr verteilt fanden Workshops zu den Themen: Kapitalismuskritik, Wirtschaft & Finanzmärkte, Formen Direkter Demokratie von der Ebene der EU bis zur Ebene des Wohnviertels, Bildungspolitik und Migration, Möglichkeiten einer

„Sanften Revolution“ und für die Allereifrigsten auch noch ein Argumentationstraining mit dem erfahrenen Kursleiter Siegfried Braunschmied statt. Bei abschließender Rückschau und Ausblick erinnerten sich die TN nocheinmal an besondere Eindrücke, überlegten gemeinsam, wieweit die Form gepasst hatte und machten Veränderungsvorschläge. Gemeinsam mit Oswald Kuppelwieser, dem Bildungsreferenten der GBW-Wien, der im Auftrag des Vorstands der GBW-Wien die Reihe organisiert und moderiert hatte, suchten die TN nach Themen für 2009, denn die Bildungsreihe soll fortgesetzt werden.

Modul 1: Kapitalismuskritik

Mit: Dieter Schrage und Reinhard Pirker

Termin: Do 17.01.2008 14:00 – 17:00

TN: 14 F, 3 M

Modul 2: Wirtschaft & Finanzmärkte

Mit: Christian Felber

Termin: Do 21.02.2008 14:00 – 17:00

TN: 17 F, 3 M

Modul 3: Direkte Demokratie in EU und Nationalstaaten

Mit: Marlies Mayer und Peter Steyrer

Termin: 13.03. 2008 14:00 – 17:00

TN 15 F, 2 M

Modul 4: Direkte Demokratie auf Landes- Gemeinde- und Bezirksebene

Mit: Herta Wessely, Rüdiger Maresch + BG 9

Termin: 10.04. 2008 14:00 – 17:00

TN: 13 F, 2 M

Modul 5: Bildungspolitik und Migration

Mit: Lotte Kreisler und Claudia Smolik

Termin: 08.05. 2008 14:00 – 17:00

TN: 11 F, 1 M

Modul 6: Globales Schafe Scheren. Ein Handbuch zur sanften Revolution geht nach dem klassischen Muster SEHEN – URTEILEN – HANDELN vor.

Mit: Heinrich Wohlmeyer (Autor)

Termin: 12.06. 2008 14:00 – 17:00

TN: 13 F, 3 M

Modul 7: Rückschau und Ausblick

Termin: 16. 10. 2008 14:00 – 17:00

TN: 10 F, 1 M

Zusatztermin: Argumentationstraining mit Siegfried Braunschmied

am 27. 03. + 17.04. 2008

TN: 5 F, 2 M

Am 17.01.08 in Wien

TN 16

Teilkosten 815

pB02.005 Bezirksgruppentag

Zum zweiten Mal trafen sich an einem Samstag im Herbst 21 der 23 Grünen Wiener Bezirksgruppen an einem Ort, um sich auszutauschen und zu erfahren, was in anderen

Bezirken passiert, voneinander und miteinander zu lernen, sich zu vernetzen, Ideen für gemeinsame politische Vorhaben zu generieren und die ersten Schritte anzudenken. Der Bezirksgruppentag wurde von allen TeilnehmerInnen intensiv mitgestaltet und mit positiven Rückmeldungen und dem Wunsch auf eine Fortsetzung im Jahr 2009 abgeschlossen.

Inhalt:

Grüne Bezirksgruppen arbeiten ehrenamtlich an der Entwicklung und Umsetzung solidarischer und ökologischer Alternativen vor Ort. Dabei sind sie in 5 Gestaltungsfeldern aktiv:

1. Grüne Partei (Gremienarbeit, Wahlkampf, ...)
2. Bezirksvertretung (Anträge, Kommissionen, ...)
3. Akteurin im Bezirk (Anwaltschaft, Netzwerk, ...)
4. die größere politische Perspektive (Fair Trade fördern, Filmwochen, ...)
5. Lern- und Reflexionsräume (Strategieklausuren, Weiterbildung, ...).

Wie ist all das unter einen Hut zu bringen? Was bleibt auf der Strecke? Wieviel Zeit und Energie stecken wir in welches Gestaltungsfeld? Wie machen das KollegInnen in anderen Bezirken?

Methoden: In Kleingruppen (Methode Weltcafe), in Plenumsdiskussionen und vielen Einzelgesprächen zwischendurch am Buffet und in den Pausen wurden die Themen und Fragen erörtert. Jede Bezirksgruppe präsentierte ihre Arbeit mit einer Schautafel (Pinnwand), die vor Ort gestaltet wurde. Diese Schautafeln wurden am „Marktplatz“ ausgestellt, begutachtet und bei Bedarf auch erklärt und diskutiert.

Eine stellvertretende Bezirksvorsteherin (Jennifer Kickert), ein Mitglied des Vorstands der Wiener Grünen (Babsi Wittinger) und der Obmann der GBW Wien (Andreas Novy) gaben in Form von Interviews Einblick in ihre spezifische Arbeit im Hinblick auf die oben genannten 5 Arbeitsfelder und berichteten, wie diese mit der Arbeit in den Bezirksgruppen zusammenhängt und diese beeinflusst.

Kooperationspartner: Bezirkekonferenz der Wiener Grünen

Die GBW Wien hat den Rahmen für diesen Tag methodisch und inhaltlich gestaltet.

Am 25.10.08 in Wien

TN 78

Teilkosten 4233,19

pB02.006 Grüne Grundwerte

Die 6 Grundwerte der Grünen: ökologisch, basisdemokratisch, solidarisch, gewaltfrei, feministisch und selbstbestimmt, werden in einer Veranstaltungsreihe mit 6 Workshops mit ExpertInnen aus der Wissenschaft und grünen MandatarInnen diskutiert. Die Workshops finden von Oktober 08 bis April 09 in den Lokalen Grüner Bezirksgruppen statt. Die Organisation liegt in den Händen der GBW-Wien. Die Vorträge und Diskussionen werden für ein Buch, das im planet Verlag erscheinen wird, aufbereitet.

Gleich zum Start (11.10.08) wurde im Lokal der Bezirksgruppe Wieden (BG 4) der Grundwert „gewaltfrei“ zur Diskussion gestellt. Mit Thomas Roithner, Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung, Burg Schlaining, Büro Wien, hatten wir einen sehr kompetenten Fachmann zum Thema eingeladen. Er hat den Begriff „gewaltfrei“ historisch beleuchtet und dargelegt, wie dieser Begriff heute interpretiert wird. Maria Vassilakou, die Klubobfrau des Grünen Klubs im Rathaus (Wien), versuchte in einem kurzen Überblick darzustellen, welche Herausforderungen damit verbunden sind, in der alltäglichen politischen Arbeit konsequent darauf zu achten, dass bei der Beurteilung politischer Interventionen auch auf deren Gewaltfreiheit zu achten ist. Wer sich gewaltfrei bewegen will, muss sein eigenes Verhalten ständig auf Gewaltfreiheit überprüfen, meinte die Klubobfrau.

In den Diskussionen herrschte zwar Übereinstimmung darin, dass Gewaltfreiheit ein hoher Wert ist, Dissonanzen gab es aber erwartungsgemäß bei der Einschätzung darüber, bis zu welchem Grad es möglich ist, nicht nur sich persönlich gewaltfrei zu verhalten, sondern auch konsequent eine Politik zu betreiben, die für Gewalt keinen Raum frei lässt.

Im 2. Workshop (14.11.08), im Lokal der Bezirksgruppe Leopoldstadt (BG 2), diskutierten wir über den Grundwert „feministisch“. Den wissenschaftlichen Input lieferte Gundula Ludwig von der Uni Wien und die grünen Anmerkungen steuerte die grünalternative Wiener Gemeinderätin und LtAbg. Waltraut Antonov bei. Die TN des Workshops versuchten in Dreiergruppen mit gegenseitigen Interviews herauszufinden, welche Vorstellungen sie mit dem Begriff „feministisch“ verbinden. Es tat sich ein „weites Feld“ an Interpretationen auf, das dann von Gundula Ludwig mit einem Überblick auf die historische Entwicklung der Bedeutung von Feminismus wieder etwas eingengt wurde. Waltraut Antonov schilderte, wie sie im politischen Alltag ihrer Arbeit diesem Grundwert seinen Stellenwert einzuräumen versucht. In einer lebhaften abschließenden Diskussion konnten manch offene Fragen geklärt werden. Mit dem Hinweis, paritätische Besetzung von Mandaten sei zwar ein wichtiger Beitrag zu einer feministischen Politik, aber es sei auch zu überprüfen, ob die politische Macht im grünen Parteialltag paritätisch aufgeteilt ist, endete der Workshop.

Die Reihe wird 2009 fortgesetzt.
Kooperationspartner: GBW-NÖ

Am 11.10.08 in Wien
TN 22
Teilkosten 1344,12

Projektkosten: 25058,29

pB05 Politische Bildung

pB05.001 Machbarkeitsstudie City Maut

Die Einführung einer Citymaut für Wien ist eine zentrale verkehrspolitische Forderung der Wiener Grünen, insb. im Rahmen der Verkehrswende der LO Wien (s. Attachment). Die Wiener SPÖ lehnt die Einführung einer Citymaut für Wien kategorisch ab. Um diese Blockadehaltung aufzuweichen und die Diskussion über die Citymaut aktiv zu gestalten, hat der Rathausklub gemeinsam mit der GBW Wien selbst eine Machbarkeitsstudie über ein konkretes Citymaut-Modell für Wien in Auftrag gegeben. Darauf aufbauend wird von Seiten der GBW Wien erarbeitet welche politischen Bildungsmaßnahmen zur Unterstützung der Einführung gesetzt werden.

Teilkosten 1000

pB05.002 Planungsklausur

Die Planungsklausur der GBW Wien diente der Reflexion der vergangenen zwei Arbeitsjahre, der Auseinandersetzung mit dem Verständnis von politischer Bildung und der Planung des Frühjahrs 2009. Gemeinsam mit geladenen Gästen aus dem Umfeld der Grünen Bildungswerkstatt (Grüne Partei, NGO's und interessierte Mitglieder) erfolgte eine vertiefte Auseinandersetzung mit den Zielen, Methoden und Inhalten der politischen Bildung der GBW Wien.

Am 12.09.08 in Feistritz am Wechsel
TN 14
Teilkosten 1979,06

pB06 Kooperationsprojekte

pB06.001 Linuxkurse

Einschulungen in Installation von Linux und den Umgang mit diesem open source Betriebssystem, sowie Kurse für Interessierte, die Open Office, das freie Programm, als Alternative zu „MS Office“ verwenden möchten, werden bei Bedarf angeboten. Kursort ist der Seminarraum der GBW, die mit der neuesten Software ausgestattete Hardware stellt die GBW-Wien zur Verfügung, die die Kurse auch organisiert. Die Trainer werden von den TN bezahlt.

Am 20.11.08 in Wien

TN 4

Teilkosten 60

pB06.002 Planet

Jahresbeitrag 2008/ 2009

Teilkosten 1700

pB06.003 Plattform Volxabstimmung

Die Plattform Volxabstimmung organisierte am 27.01.08 in Linz eine Aktionskonferenz, bei der inhaltliche Inputs zum Thema EU-Reformvertrag und Volksabstimmung behandelt wurden. Einleitungsreferate wurden von Judith Dellheim, Gerald Oberansmayr (Bereich Militarisierung) und Christian Felber (Bereich Demokratie) gehalten. Anschließend wurden in Arbeitsgruppen unterschiedliche inhaltliche Schwerpunkte behandelt sowie in einem Arbeitskreis der Aktionstag am 5.4.08 diskutiert. Ermutigung erhielten die KonferenzteilnehmerInnen auch von der Umweltaktivistin Freda Meißner-Blau, die in einer Grußbotschaft ihre volle Unterstützung für die Plattform aussprach. Engagiert wurden in Arbeitskreisen eine Vielzahl von Aktionen und Initiativen diskutiert, um eine Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag durchzusetzen. Höhepunkt dieser Aktivitäten soll eine Menschenkette um das Parlament unmittelbar vor der geplanten Ratifikation sein, zu der eine Demonstration vom Westbahnhof hin führen soll. Mit dieser Umzingelung des Parlaments will die Plattform "Volxabstimmung" ein unübersehbares Zeichen setzen, dass wir uns nicht entmündigen lassen. Der EU-Reformvertrag beinhaltet u.a. eine Aufrüstungsverpflichtung für alle EU-Staaten, die Selbstermächtigung zu globalen Militärinterventionen, gleichzeitig zementiert dieser Vertrag eine neoliberale Wirtschaftspolitik und die Förderung der Atomenergie ein. Den Menschen muss die Möglichkeit gegeben werden, über diese Entwicklung abzustimmen. "Wenn die politische Führung den Menschen dieses demokratische Recht verweigert, soll sie wissen, dass sie das NICHT IN UNSEREM NAMEN macht", heißt es im gemeinsam beschlossenen Aufruf für diese Menschenkette.

Am 27.01.08 in Linz

TN 100

Teilkosten 100

pB06.004 Kriso- Kritische Sozialarbeit nach der "Wiener erklärung"

Zwischen Exklusionsverwaltung und Teilhabesicherung – Die Notwendigkeit einer fachlich-kritischen Neuorientierung Sozialer Arbeit

Josef Bakic, Marc Diebäcker und Elisabeth Hammer

Die neoliberal inspirierte, ökonomisierte Neuausrichtung der Sozialen Arbeit beginnt die Profession fundamental zu verfremden. Im Ansinnen der technologischen Beherrschbarkeit verliert Soziale Arbeit zunehmend „jene auf die Bedingungen des Einzelfalls ausgerichtete, fachlich fundierte, gleichwohl offene Suchhaltung gegenüber dem biografischen Eigensinn, den ‚Besonderheiten‘ der Klienten und ihrer Lebenslage, den Eigenheiten ihrer Lebenswelten und ihrer sozialen Netzwerke“ (Galuske/Müller 2002, 488). Aufgrund dieser Entwicklung verwundert es nicht, dass immer öfter die Soziale Arbeit selbst in das Kreuzfeuer der KritikerInnen gerät. Der Legitimationsdruck der Sozialen Arbeit ist diesbezüglich ein zweifacher: Während innerhalb der Profession die zunehmend neoliberale Orientierung Sozialer Arbeit kritisiert sowie fachliche und berufsethische Standards eingefordert werden, wird von Financiers und in Leitungsebenen Sozialer Arbeit gefragt, ob das soziale Programm neuen Zuschnitts nicht auch billiger und „besser“ von anderen Personen als von ausgebildeten SozialarbeiterInnen zu erledigen wäre.

Aus dieser Sicht erscheint eine kritisch-fachliche Neuorientierung unumgänglich. In diesem Sinne haben wir als Team kriSo zunächst zwei Schritte gewagt, die als Antworten auf gegenwärtige Verhältnisse zur Diskussion gestellt werden und als Weiterführung von jenen in der „Wiener Erklärung zur Ökonomisierung und Fachlichkeit in der Sozialen Arbeit“ (vgl. Bakic/Diebäcker/Hammer 2007) dargelegten Einsichten und Forderungen zu verstehen sind. Zum einen haben wir ein kritisches Handbuch mitgestaltet und herausgegeben, das unter dem Titel „Aktuelle Leitbegriffe der Sozialen Arbeit“ (2008) eine erste systematische Analyse der durch die Transformationsprozesse eingeführten neuen Terminologie liefern soll. Zum anderen haben wir die Internationale Tagung Zwischen Exklusionsverwaltung und Teilhabesicherung vom 16.04. – 18.04. 2008 in Kooperation mit den BA-Studiengang Soziale Arbeit der FH Campus Wien durchgeführt (Infos und Dokus: www.kriso.at). Dabei analysierten und diskutierten rund 250 ExpertInnen und ReferentInnen zu strukturellen Veränderungen und fachlichen Dilemmata in der Sozialen Arbeit.

Nachdem Albert Scherr in das Tagungsthema eingeführt hatte, wurden Strategien im Umgang mit Sozialem Ausschluss gemeinsam mit BM Erwin Buchinger, Emmerich Tálos, David Ellensohn, Barbara Bittner, Werner Binnenstein-Bachstein, Renate Schön und dem Publikum besprochen. Dieser Breite der Perspektiven folgten eine Vielzahl an Diskussionsrunden, die an ausgewählten Handlungsfeldthemen bzw. fachlich übergreifenden Problemfeldern eine Einsicht in aktuelle Herausforderungen und eine Erörterung sozialarbeiterischer Perspektiven für eine kritisch fundierte Selbststeuerung der Profession erschlossen haben. Initiiert wurde dabei eine hierarchie-, organisations- und handlungsfeldübergreifende Kommunikation zu für die Soziale Arbeit relevanten Themen mit dem Ziel der Stärkung der Expertise der Profession.

Aus unserer Sicht ist vieles, was noch vor 15 Jahren als professionsinterne – wenn auch selten verschriftlichte – fachliche Leitstandards angesehen wurde, heute nicht mehr Teil des „Kerngeschäftes“. Die Reaktion darauf muss eindeutig sein: Das, was in den Augen der ProfessionistInnen nicht Sozialer Arbeit entspricht, darf nicht mehr – weder nach innen noch nach außen – als solche benannt werden, selbst wenn die Tätigkeiten nach wie vor von SozialarbeiterInnen erbracht werden. Dies erfordert seitens der SozialarbeiterInnen eine Anerkennung der gegenwärtigen strukturellen Veränderungen sowie eine Gewährwerdung der eigenen fragilen Stellung im Rahmen dieser Entwicklung. Nichtsdestotrotz kann nur eine eindeutige und transparente Position eine weitere Deprofessionalisierung der Sozialen Arbeit – vor den Augen und mit Wissen der SozialarbeiterInnen selbst – verhindern und die ProfessionistInnen aus ihrer Gefolgschaft für neoliberale Politiken befreien helfen. Zu fordern ist somit eine radikale Entflechtung der verschiedenen sozialarbeiterischen Funktionen in personeller wie organisatorischer Hinsicht. Dies würde ein umfassendes Erfassen der Gesamtsituation der KlientInnen – ungeachtet einer ökonomistischen sowie aktivierungspolitischen Logik – erleichtern und die Transparenz der Angebote gegenüber den KlientInnen sowie deren Handlungsoptionen erhöhen. Mehr als bisher

hat sich die Soziale Arbeit an der Gestaltung von (Sozial-) Politik zu beteiligen, auch über die Formulierung von Forderungen an das repräsentative politische System. Mit Frank Bettinger heißt es, eine entpolitisierte Soziale Arbeit zu verabschieden und der bloßen „Untertanenproduktion“ (Zitat Frank Bettinger) eine Absage zu erteilen. Eine Kritische Soziale Arbeit nimmt hier grundsätzlich die Rolle ein, eine kompromisslos fachorientierte Perspektive zu beziehen. Für Forschung und Lehre bedeutet dies zudem – durchaus aus einem distanzierten Blick zur Praxis – ihren Nutzen dahingehend auszuweisen, dass sie Auskunft gibt über gesellschaftliche Vorgänge und diskursordnend einwirkt, um machtstrategische Schief lagen in der Bestimmung des Nötigen und des Möglichen in konsequenter Wahrnehmung des Doppelten Mandates neu auszubalancieren.

Am 16.04.08 in Wien
Teilkosten 1500

pB06.005 GRAS Summer School

Wie bereits in den Jahren zuvor veranstaltete die GRAS auch heuer wieder eine Bildungswoche im salzburger Lungau – heuer erstmals mit der Unterstützung der GBW-Wien. Zielgruppe dieser Veranstaltung waren politisch interessierte Studierende mit grün-nahen Einstellungen. Neben zwei praktischen, halbtägigen Workshops im Bereich Layout und Fotografie lag die inhaltliche Hauptarbeit in den Themengebieten Bildungspolitik und Feminismus.

Im Bereich der Bildungspolitik lag das Hauptaugenmerk auf dem derzeitigen Aufbau der Universitäten und den verbliebenen Mitsprachemöglichkeiten. Darauf aufbauend haben wir versucht, Handlungsmöglichkeiten im bestehenden System aufzuzeigen sowie aus Sicht der Anwesenden dringend Notwendige Verbesserungen zu definieren. Aus dem Spektrum des Feminismus haben wir uns mit mehreren Themenbereichen beschäftigt. Einerseits haben wir uns mit Aspekten der Queer-Theorie und deren Auswirkungen auf Sprache beschäftigt. Andererseits war der Umgang mit sexualisierten Übergriffen Thema eines Workshops.

Wir bedanken uns bei der GBW-Wien für die tatkräftige Unterstützung und arbeiten schon an der Planung weiterer gemeinsamer Projekte.

Mauterndorf 1-8.09.2008

Am 01.09.08 in Mauterndorf
TN 13
Teilkosten 500

Projektkosten: 3860

pB07 Redaktionsteam

pB07.001 Redaktionsteam

Das Redaktionsteam bietet die Möglichkeit, Veranstaltungen schnell und unkompliziert zu dokumentieren. Das Redaktionsteam dokumentierte – in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen und in einem emanzipatorischen Selbstverständnis verpflichteten Organisationen – ein weit gefächertes Spektrum von Veranstaltungen und Weiterbildungsangebote im Bereich der politischen Bildung (siehe <http://www.gbwwien.at>). Die Ergebnisse dieses Projekts wurden auf der Website der GBW Wien veröffentlicht und der Kooperations-Organisation im Sinne des Copyleft zur Vervielfältigung und weiteren Verwendung zur Verfügung gestellt.

bundesweit
TN 10

Teilkosten 1400

pB07.002 GBW Wien Website

Die GBW Wien Website dient als Kommunikationsplattform, auf der nicht nur die aktuellen Termine angekündigt werden, sondern auch Kontakt mit der GBW Wien aufgenommen werden kann. Außerdem werden auf der Website neben den Projektdokumentationen auch kritische Artikel zu aktuellen Tagesthemen publiziert.

Teilkosten 864

pB07.003 Programmfolder

Zur besseren Planbarkeit der Bildungsveranstaltungen publiziert die GBW Wien zwei Mal jährlich einen Programmfolder.

Teilkosten 4451,55

Projektkosten: 7015,55

pB08 Bücherei

pB08.001 Bücherei Neubaugasse

Die Bücherei in der Neubaugasse 8 wird 2008 und 2009 neu sortiert und aus verschiedenen Beständen zusammengeführt.

Teilkosten 287,04

Projektkosten: 287,04

INTERNATIONALE / INTERKULTURELLE PROJEKTE

pI00 Diverses International

pI00.001 Restposten 2007

Teilkosten 409,03

Projektkosten: 909,03

pI01 Werkstattgespräche

pI01.001 ÖH Gedenkdienst

Gedenkjahr '38:

Werkstattgespräch mit Gedenkdienst (Thomas Schautzer) und TN der ÖH Studienreise nach Auschwitz (Bernhard Gitschthaler u.a.).

Eine Gruppe von 26 TN, die meisten davon Studierende, hat, organisiert von der ÖH, an einer Studienreise nach Auschwitz teilgenommen. Einige der TN haben an den vorbereitenden Gesprächsrunden in Wien teilgenommen, andere nicht. Mitgefahren sind auch Studierende aus anderen Ländern, die im Rahmen eines Erasmus-

Studienaufenthaltes in Wien waren. Informiert wurden die TN auch über das jüdische Leben in Krakau vor dem Holocaust und der Zeitzeuge Henrik Mandelbaum führte durch das ehemalige KZ Birkenau.

Über seinen Einsatz als Gedenkdiener im Anne Frank Haus in Amsterdam berichtet Thomas Schautzer. Sein Einsatz galt vor allem der Begleitung der Anne Frank Ausstellung, die an vielen Schulen in Österreich und anderen Ländern gezeigt wird. Thomas berichtete auch über seine Motivation, den Gedenkdienst anstelle des Zivildienstes zu leisten. Daran anknüpfend entspann sich eine rege Diskussion über das Thema der Erinnerung an den Holocaust, den Umgang damit an Schulen und im persönlichen Umfeld der Anwesenden. Manche der Mitdiskutierenden schilderten persönliche Erlebnisse aus Schule und Alltag, andere von ihren Eindrücken bei Besuchen im KZ.

Am 02.10.08 in Wien
TN 10

pl01.002 Pro europäisch- EU kritisch

Die Grüne Bildungswerkstatt Wien und Context XXI luden am Donnerstag, den 13. Oktober, zur Diskussionsveranstaltung "Pro-europäisch und EU-kritisch. Erkundungen für eine emanzipatorische Politik" ein. Ein Bericht über dieses schwierige Unterfangen.

Heribert Schiedel, Mitarbeiter des "Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstands", ging in seinem Vortrag den Fragen nach, welche Feindbilder, Kritiken und Ressentiments von rechter wie von linker Seite mit dem Projekt "EU" in Verbindung stehen. Wozu dient die "Projektionsfläche EU" und mit welchen Problematiken muss sich eine linke Politik auseinandersetzen, wenn sie in einen mittlerweile vom rechten Lager dominierten Diskurs interveniert?

Skepsis gegenüber der EU – von Links und Rechts gleichermaßen?

Seit dem Frühsommer 2008 haben rechte Parteien eine klare Position gegenüber der Europäischen Integration eingenommen. Neben ausländerfeindlichen Äußerungen sei eine EU-kritische und -feindliche Haltung zu erkennen, welche im Wahlkampf für die letzten Nationalratswahlen klar formuliert wurde. Der Wahlslogan "Volksabstimmung für EU- Verträge" wurde zu einem der Erkennungsmerkmale der FPÖ und stand dem pro-europäischen Konsens der österreichischen Mitte-Links-Parteien gegenüber.

Hier griff Heribert Schiedel auf eine Äußerungen von Ian Buruma, Professor für Menschenrechte und Demokratie, zurück. Dieser kritisierte, dass von den herrschenden kulturellen und politischen Eliten ein grundlegender Skeptizismus gegenüber der Europäischen Integration regelmäßig als bigott oder als eine Form des Rassismus reduziert wird. So käme es in der Öffentlichkeit vermehrt zur Gleichsetzung: EU Kritik = Rassismus.

Schiedel führte zudem weiter aus, dass die sich formulierende Skepsis gegenüber der EU im rechtsnationalistischen Lager auf einen Mangel an emanzipatorischen Alternativen sowie den Rückzug der Linken und der dadurch entstehenden "populistischen Lücke" zurück. Er forderte die Linke dazu auf, klar Position zu beziehen, und sich sowohl gegen die Elite, welche eine unkritisch pro-europäische Haltung einnehme, als auch gegen die antieuropäischen und rechtsnationalistischen Ressentiments zu wenden.

"Mit der Wahrheit lügen"

Aber wie kann die extreme Rechte in ganz Europa einen so starken Einfluss ausüben? Schiedel betonte in diesem Zusammenhang, dass vor allem rechte Parteien an ausgewählten Punkten ansetzen und es so schaffen, eine Abneigung gegen die EU hervorzurufen. Demokratiedefizit, Regulierungswut zu Lasten nationaler oder regionaler Eigenheiten und Kompetenzverlust der nationalen Parlamente würden zwar zu Recht der EU angelastet, jedoch würde hier "mit der Wahrheit gelogen".

Denn auf der einen Seite prangern rechts(radikale) Kreise das Demokratiedefizit der EU an. Eine logische Folge aus dieser Kritik stelle demnach eine Befugnisausweitung des Parlaments dar, die jedoch wiederum den Weg für einen europäischen Bundesstaat bereite. Auf der anderen Seite stehe jedoch die klare Forderung rechtsnationalistischer Politik eines "Europas der Vaterländer" im krassen Gegensatz zu diesen Entwicklungen und veranschauliche die Widersprüchlichkeit der EU-Kritik von rechts.

"Die Wiedergeburt Europas"?

Eine der wenigen öffentlichen linksliberalen Positionierungen in Zusammenhang mit Europa wurde 2003 von Jürgen Habermas und Jacques Derrida im Zuge der Friedensdemonstrationen gegen den Irakkrieg verfasst. "Die Wiedergeburt Europas", so der Titel des Artikels, spricht von der Geburt einer europäischen Öffentlichkeit, die sich in den Antikriegsdemonstrationen in Europa ausdrücke. Schiedel kritisierte diese als antiamerikanisch motiviert und hinterfragte die Forderung der beiden Autoren nach einem europäischen Außenminister. Sei diese nicht Ausdruck eines europäischen Menschenrechtsimperialismus, welcher in Konkurrenz zum Imperialismus, dem "bösen Imperialismus", der USA stehe? Die deutsche Erfahrung des Holocausts würde hier als moralische Instanz für die angestrebte "Wiedergeburt" herangezogen, bot aber gleichzeitig die Legitimationsgrundlage für einen militärischen Angriff auf Jugoslawien.

Europäischer Bundesstaat vs. Nationalstaat

In der Diskussion wurde unter anderem die Frage nach der Konstitution der Europäischen Union aufgeworfen. Soll die EU ein Bundesstaat werden oder sollen den Nationalstaaten weitgehende Kompetenzen erhalten bleiben? Schiedel bezeichnete die EU derzeit als einen Nicht-Staat und griff auf die Worte von Etienne Balibar zurück: "Kein Staat ist notwendigerweise demokratisch: aber ein Nicht-Staat ist definitionsgemäß nicht demokratisierbar." So befände sich die EU derzeit in einer Zwitterstellung, welche keine weitere Demokratisierung zulasse, jedoch bestimmte Interessen begünstige. Welche Position sollte nun von der linken Seite vertreten und eingenommen werden? Ist die EU nicht bereits auf dem Weg zu einem Bundesstaat und deutet Institutionen, wie eine EZB und eine gemeinsame Währung, nicht schon auf eine europäische Staatlichkeit hin? Schiedel forderte hier eine Stärkung und eine Ausweitung der legislativen Befugnis des europäischen Parlaments, die jedoch weiterhin eine Kritik des Lissabon Vertrags zulässt.

Auch, so Schiedel weiter, müsse die Linke Forderungen formulieren, die von rechten Parteien nicht aufgegriffen werden. Hier sei beispielsweise der Schutz der individuellen Freiheit vor dem Übergriff des Staates zu fordern. Auch das Thema der sozialen Gleichheit innerhalb der EU, die eine europäische Integration nicht zu Lasten, sondern als Chance für ArbeiterInnen sieht, sei weiter zu diskutieren und in den öffentlichen Diskurs zu bringen.

Die heterogenen Vorstellungen und Kritiken an der Europäischen Union spiegeln sich in der Diskussionsrunde wider. Unterschiedliche Fragen wurden aufgeworfen, Meinungen ausgetauscht und Kritik geübt. In einem Punkt waren sich die TeilnehmerInnen jedoch einig: Die Kritik an der Europäischen Union darf nicht dem rechten Lager überlassen werden.

Am 13.10.08 in Wien

TN 36

Teilkosten 200

pI01.003 David gegen Goliath

David gegen Goliath: Percy Schmeisers Kampf gegen Monsanto

Percy Schmeiser ist ein 78jähriger kanadischer Bauer. Seit mehreren Jahren hält er weltweit Vorträge, in denen er unermüdlich vor dem Einsatz von Gentechnik in der

Landwirtschaft warnt. Am 5.11.2008 war er auf Einladung der Grünen Bildungswerkstatt in Wien.

Im Jahr 1996 wurde in Kanada der Anbau bestimmter gentechnisch veränderter Getreidesorten legalisiert. Viele Bauern ließen sich durch die in Aussicht gestellten höheren Erträge, den angeblich sinkenden Bedarf an Pestiziden und die vorgeblich hohe Nachfrage überzeugen, auf die manipulierten Mais-, Soja-, und Rapsorten umzusteigen. Nicht genug damit, dass die Erträge dieser Farmer heute niedriger sind, sie die vier- bis fünffache Menge an Gift über ihre Felder sprühen müssen und die Ernte aufgrund bestehender Importverbote anderer Länder auch noch schwer verkäuflich ist. Auch alle anderen Bauern bekommen die Macht der Chemiekonzerne, allen voran Monsanto, zu spüren.

Monsantos Geschäftspraktiken

Monsanto, der weltweit größte Hersteller von GVO (gentechnisch veränderte Organismen), verklagte Percy Schneider im Jahr 1998 weil auf seinen Feldern - vermutlich durch Pollenflug eingekreuzter - Monsanto-Raps wuchs. Obwohl er nichts davon wusste, nicht davon profitierte, und im Gegenteil dadurch seine eigene jahrzehntelange Zuchtarbeit zerstört wurde, wollte Monsanto Lizenzzahlungen erzwingen. Die weitgehend dokumentierten Geschäftspraktiken Monsanto gehen aber noch viel weiter: Durch die Androhung langer und damit teurer Prozesse wurde tausenden kanadischen und US-amerikanischen Bauern das genveränderte Saatgut aufgezwungen. Von der Klage abgesehen wurde und wird nur, wenn der/die Betroffene einen Lizenzvertrag unterschreibt, und sich verpflichtet, Monsanto nicht auf Schadenersatz zu verklagen und zu dieser Vereinbarung niemals öffentlich Stellung zu nehmen.

Percy Schmeiser ließ sich nicht einschüchtern und verklagte Monsanto im Jänner diesen Jahres wegen der Zerstörung seiner Zuchtarbeit. Noch vor der ersten Verhandlung akzeptierte der Konzern in einem außergerichtlichen Vergleich alle Forderungen von Percy Schmeiser. Monsanto übernahm die Verantwortung für die Kontamination von Schmeisers Feldern und gesteht ihm zu, über die genauen Abläufe öffentlich zu berichten.

Gentechnik UND Bio-Anbau?

In seiner Aufklärungsarbeit über GVO legt Percy Schmeiser auf eines besonderen Wert: Seiner Erfahrung nach gibt es keine Koexistenz von gentechnisch veränderter und traditioneller oder biologischer Landwirtschaft. Denn auch durch Abstände zwischen den Feldern könne die Kreuzung der Pflanzen durch Pollenflug oder Vögel nicht verhindert werden. Entscheidet man sich in einer Region also für die Zulassung von Gentechnik in der Landwirtschaft, bedeute das definitiv das Aus für alle anderen Anbauformen.

Wie GVO-Anbau in Österreich verhindert werden kann

Wolfgang Pirkhuber, Nationalratsabgeordneter und Landwirtschaftssprecher der Grünen, stellte sieben Punkte der grünen Anti-Gentechnik-Offensive vor, die diese Entwicklungen in Europa und Österreich verhindern sollen:

Österreich soll gentechnik-frei bleiben: Nationale Importverbote sollten unbedingt verteidigt und durch weitere unabhängige Gutachten abgesichert werden.

Anerkennung des Rechts auf gentechnikfreie Regionen durch die EU: Die Grünen fordern einen rechtlichen Rahmen für die Schaffung von gentechnikfreien Regionen.

Reform der EFSA (Europäische Lebensmittelagentur): Gefordert werden insbesondere strenge und genau festgelegte Kriterien, die die EFSA im Zuge von Zulassungsverfahren für GVO anwenden muss. Bislang würden fast ausschließlich die Unterlagen der Zulassungswerber überprüft und industriefreundliche Empfehlungen abgegeben. Ziel solle es sein, langfristige Umweltauswirkungen bei den Zulassungsverfahren zu berücksichtigen und eine fundierte und unabhängige Gentechnik-Risikoforschung zu etablieren.

Reform der WTO (Welthandelsorganisation): Die Grünen fordern die Verankerung des Vorsorge-Prinzips im WTO-Abkommen. Das heißt, dass nicht absehbare Folgeschäden für Mensch und Umwelt als Grund für die Erlassung von Importverboten hinreichend sein müssen.

Haftung nach dem Verursacherprinzip: Sowohl auf nationaler Ebene, als auch auf EU-Ebene soll der Hersteller für verursachte Kontamination belangt werden können.

Der Verzicht auf Gentechnik-Saatgut soll künftig eine Voraussetzung für Förderungen im Rahmen des Österreichischen Programmes für umweltgerechte Landwirtschaft (ÖPUL) sein.

Der im Juli im Parlament einstimmig beschlossene Entschließungsantrag (Link zum vollständigen Entschließungsantrag) zur Erhaltung des GVO-freien Anbaus in Österreich soll auch für die neue Bundesregierung gelten.

Weitere Informationen zu Percy Schmeiser: www.percyschmeiser.com

Am 05.11.08 in Wien

TN 26

Teilkosten 280

Projektkosten: 779,72

pI02 Bildungsangebote Grüne Basis

pI02.001 Politökonomischer Dialog 08

Die Veranstaltungsreihe wurde auf das Frühjahr 2009 verschoben.

Teilkosten 172,03

Projektkosten: 0,00

pI03 Grünalternatives Europa

pI03.001 Materialistische Rechts- und Staatstheorie

Europäische Integration: Mehr Schatten als Licht?

Diskussionsveranstaltung mit Sonja Buckel, Werner Raza und Joachim Hirsch über die Hintergründe des "europäischen Wettbewerbsstaats". Wie ist diese Entwicklung zu beurteilen? Und welche Herausforderungen ergeben sich daraus?

Ist der Wettbewerbsstaat "europäisch"? Worum wird dieser Wettbewerb geführt? Wer ist davon betroffen? Woher kommt überhaupt die Entwicklung und wird sie von der Politik vorangetrieben oder folgt sie den Gesetzmäßigkeiten des Marktes? Dies waren die einleitenden Fragen des Publikums an das Podium, die den Diskussionsabend auch dominieren sollten.

Vom politischen Projekt "Europa" zum wirtschaftlichen Bündnis "EU"

Für Joachim Hirsch, Politologe an der Universität Frankfurt, befindet sich die EU nicht erst auf dem Weg zu einem europäischen Wettbewerbsstaat, sondern hat diesen Weg schon seit einiger Zeit eingeschlagen. Der Ursprung der gegenwärtigen neoliberalen Institutionalisierung der EU liegt für Hirsch in der Veränderung des europäischen, aber auch weltweiten Staatensystems. Die Staaten haben sich in den vergangenen 30 Jahren zunehmend von transnationalen Kapitalflüssen abhängig gemacht und diese Abhängigkeit nach und nach institutionell verankert (zum Beispiel über die WTO). Gleichermaßen wurde auch die EG - ursprünglich ein politisches Projekt - über die "Einheitliche Europäische Akte" und den Maastricht-Vertrag immer mehr zu einem ökonomischen Projekt. Entscheidungen wurden dabei immer häufiger im zwischenstaatlichen Interessensabgleich getroffen. Dies brachte, so Hirsch, auch eine fortschreitende Entdemokratisierung der Politik in der EU mit sich, die sich zu einer

"autoritär administrierten Wirtschaftsgemeinschaft" entwickelt habe. Die gegenwärtige Legitimitätskrise der EU sei darum keinesfalls überraschend.

"Schleichende Staatsbildung"

Sonja Buckel, Rechtswissenschaftlerin an der Universität Frankfurt, beleuchtete in ihrem Beitrag die rechtlichen Aspekte der EU-Integration und dabei vor allem die wachsende Bedeutung des Europäischen Gerichtshofs (EUGH). Sie wirft der polit-ökonomisch ausgerichteten Kritik an der neoliberalen europäischen Integration eine "ökonomistische" Sichtweise vor, die lediglich negative Seiten der EU herausstreiche und anerkenne. Die Rechtsprechung und Kompetenz des EUGH zeige hingegen eine ambivalente Eigendynamik. Insbesondere die neue Asylrichtlinie oder die Rechtsprechung im Bereich der geschlechtlichen Diskriminierung zeigen, so Buckel, dass progressive Mindeststandards in manchen Politikbereichen europaweit durchsetzbar sind.

Salamitaktik der Liberalisierung und Privatisierung

Werner Raza, Mitarbeiter der AK Wien, ging in seinem Input besonders auf die problematischen Aspekte der schrittweisen ökonomischen Liberalisierung in Europa ein. Nach der Liberalisierung und Privatisierung von Sektoren wie Verkehr und Infrastruktur sind nun die zentralen Bereiche des keynesianischen Wohlfahrtsstaates an der Reihe: Bildung, Gesundheit sowie soziale und kulturelle Dienstleistungen sollen privatisiert werden und internationalem Wettbewerb unterliegen. Raza lokalisiert die aktuellen Konfliktlinien auf verschiedenen politischen Ebenen. Neben der Marktfreiheit im europäischen Binnenmarkt existieren nationale, regionale oder kommunale Regulierungskompetenzen, die vor allem in den angesprochenen Bereichen noch stark ausgeprägt sind. Aus dieser institutionellen Mehrdimensionalität ergeben sich unterschiedliche Konfliktkonstellationen.

Dass die Entwicklung zumindest in Teilbereichen aufzuhalten sei, zeigt die Ausklammerung von Universaldienstleistungen aus der universellen Marktlogik. Diese Ausnahmebestimmung gilt etwa für die Erbringung von Dienstleistungen in peripheren Regionen, in denen das notwendige Angebot an Basisinfrastruktur gar keinen Profit abwerfen kann. Solche Ausnahmen wären auch für andere Bereiche erreichbar, was allerdings die Vernetzung von Widerstand auf europäischer Ebene erfordert. Ansätze dazu zeigten sich zuletzt im Widerstand von sozialen Bewegungen und Gewerkschaften gegen die so genannte "Bolkestein-Richtlinie" oder gegen das GATS-Abkommen.

Ein freies und gleiches Europas! Aber für wen?

Für die DiskutantInnen ist ein "Zurück zum Nationalstaat" sowohl undenkbar als auch nicht wünschenswert. Vielmehr geht es heute darum, eine Transformation zu einem demokratischeren und gerechterem Europa voranzutreiben. Dabei nimmt die Verrechtlichung der gemeinschaftlichen Politik eine zentrale Position ein, da sie einerseits neue Verhandlungs- und Konflikträume auf rechtlicher Ebene eröffnen kann, andererseits aber auch die Gefahr von Passivierungseffekten und weiterer Entpolitisierung der europäischen BürgerInnen in sich birgt.

Die Ambivalenz liberaler Politik und Rechtsprechung, etwa im Bereich Antidiskriminierung oder Asylrecht, und (neo-)liberaler ökonomischer Politik wurde hierbei zwar erwähnt, doch nicht ausreichend diskutiert. Die in der Diskussion vertretenen unterschiedlichen Zugänge zeigen den Bedarf an einer Diskussion des widersprüchlichen Zusammenhangs von zivilen und ökonomischen Freiheiten. Das Prinzip der "Nicht-Diskriminierung" etwa verdeutlicht in den verschiedenen Politikfeldern (Minderheitenpolitik vs. Wirtschaftspolitik) die Widersprüchlichkeit des bürgerlichen Gleichheitsversprechens: Formale bürgerlicher Gleichberechtigung bedeutet nicht zwangsläufig ökonomische Gleichheit und Gerechtigkeit.

pI03.002 Ein anderes Europa ist notwendig

Gemeinsames Recht für Europa: Gefahr oder Chance für emanzipative Politik?

Workshop mit Sonja Buckel.

Do. 10.04.08

Der Workshop mit Sonja Buckel beschäftigte sich, auf der Podiumsdiskussion des vorigen Tages aufbauend, eingehend mit der Ebene der rechtlichen EU Integration. Während die politische und die wirtschaftliche Integration Europas breit diskutiert werden, scheint die rechtliche Integration im öffentlichen Diskurs oftmals unter zu gehen. Im Workshop wurde daher die Entstehungsgeschichte eines Mehrebenensystems des europäischen Rechts beleuchtet und der Frage nachgegangen, welche emanzipativen Potentiale im europäischen Recht liegen.

Grüne Perspektiven für Europa

Workshop mit Bernt Röttger

Do 18.11.08

Der Workshop mit Bernt Röttger beschäftigte sich, aufbauend auf der Podiumsdiskussion des Vortages mit der Frage wie die Grünen im Verband mit den Gewerkschaften auf allen Ebene der Forderung nach einer ökologischen und solidarischen Alternative in Europa Gehör verschaffen können. Im Workshop wurde zuerst die derzeitige Situation analysiert und diskutiert und darauf aufbauend Strategien für eine breite Koalition gesellschaftlicher Kräfte erarbeitet.

Am 10.04.08 in Wien

TN 8

Teilkosten 1441,26

pI03.003 Gewerkschaft

Gewerkschaftliche Kämpfe für ein soziales Europa

Erfahrungen, Möglichkeiten und Perspektiven gewerkschaftlicher Kämpfe im Kontext europäischer Integration waren Gegenstand der Podiumsdiskussion "Gewerkschaftliche Kämpfe für ein soziales Europa " mit Bernd Röttger, Bernd Kamin-Seggewies und Sandra Stern. Ein Bericht.

Zu dieser Veranstaltung luden am 17. November 2008 die Grüne Bildungswerkstatt Wien, BEIGEWUM und ATTAC - unterstützt von juridicum und Perspektive – in die Universität Wien ein.

"Erfolgreiche Strategien sind dort, wo sie Gegenmacht aufbauen" betonte Sandra Stern. Welche Möglichkeiten jedoch lassen sich durch gewerkschaftliche Organisation im Kontext europäischer Integration finden? Inwieweit sind traditionelle gewerkschaftliche Organisations- und Aktionsformen den veränderten Bedingungen gewachsen? Wie könnten Strategien für kampffähige gewerkschaftliche Aktionen in einem transnationalen Rahmen aussehen?

EU-Integration und Krise der Gewerkschaften?

Was im Kontext der europäischen Integration als Verordnungen, Richtlinien oder Projekte beschlossen wird, sollte als Abbild spezifischer Kräfteverhältnisse betrachtet werden. Darauf wies Bernd Röttger – Sozialwissenschaftler mit dem Arbeitsschwerpunkt Gewerkschaftsforschung – hin und zeichnete, den Fokus besonders auf die Situation in Deutschland gerichtet, ein krisenhaftes Bild gewerkschaftlicher Organisation und Aktion. Gegenwärtige gewerkschaftliche Strategien der Auseinandersetzungen seien vor allem Defensiv- bzw. Abwehrkämpfe und von einer Suche nach neuen Identitäten und Aktionsstrategien geprägt. In ihrer defensiv-politischen Ausrichtung befänden sich gewerkschaftliche Kämpfe in einer Krise. Diese Krise zeigt sich etwa in geschwächten Positionen in Tarifverhandlungen,

in dem geminderten Vertrauen der Belegschaften und der gesunkenen Identifikation der ArbeiterInnen mit traditioneller gewerkschaftlicher Organisation.

"Kraftproben" in europäischen Häfen

Vor dem Hintergrund dieser krisenhaften Bilder präsentierte Bernt Kamin-Seggewies ein Beispiel für erfolgreiche gewerkschaftliche Aktion und Organisation im gegenwärtigen neoliberalen Kontext. Kamin-Seggewies, Betriebsratsvorsitzender der GesamthafenarbeiterInnen in Hamburg, war im Protest gegen die Liberalisierung der Hafendarbeiten durch das Port Package II Koordinator der Aktivitäten der europäischen HafenarbeiterInnen. Mehrere Facetten positiver Erfahrungen wurden von Kamin-Seggewies besonders hervorgehoben. So etwa, dass die Auseinandersetzung mit Detailfragen der komplexen rechtlichen Regelung zwar ein notwendiges Moment der transnationalen Koordination der Proteste waren, es für erfolgreiche Mobilisierung jedoch zweckmäßiger war, Kernfragen in verständliche Mitteilungen zu konzentrieren. Weiters hob er die Relevanz hervor, unterschiedliche nationale Protestkulturen zu verstehen, zu berücksichtigen und zu koordinieren, da nicht die Formen der Aktion, sondern deren Gleichzeitigkeit von besonderer Bedeutung waren.

Und schließlich betonte Kamin-Seggewies die Wichtigkeit von Informations- und Kommunikationsnetze zur Koordination dieser Aktionen. Zwischen klassischer Lobbyarbeit, lokalen Aktionen und der Androhung einer Eskalation der Konflikte durch das Lahmlegen der europäischen Ökonomie ginge es vor allem darum, ein "Ihr dürft das nicht!" klar zu artikulieren und zu zeigen, "dass du das Kreuz hast, so viel Druck zu machen".

"Belegschaften nicht jämmerlich machen, sondern stolz"

Es herrschte Einigkeit hinsichtlich der Notwendigkeit politisierter und aktivierter Belegschaften. In Anbetracht dieser Notwendigkeit analysierte Sandra Stern, Organizingexpertin und Aktivistin der GPA-DJP, die Situation in Österreich: Im Erbe sozialpartnerschaftlicher Geschichte zählten österreichische Gewerkschaften nicht zu den konfliktfreudigsten. Heute stünden sie vor wachsenden Problemen: einem Mitgliederschwund mit sinkenden Finanzmitteln sowie bröckelnder Legitimität einerseits und reduzierter Durchsetzungsfähigkeit andererseits. Durch die institutionelle Verankerung werde die aktive Teilhabe der Belegschaften nur wenig gefördert, atypisch Beschäftigte seien nur marginal organisiert, in verschiedenen Sparten - etwa im Handel - herrsche ein extrem niedriger Organisationsgrad. Als Gegenstrategien nannte Stern die Interessensgemeinschaften der GPA als alternative Organisationsplattformen für atypisch Beschäftigte und Versuche der Mobilisierung im Handel (etwa bei Schlecker und Lidl) durch öffentlichkeitswirksame Aktionen.

Neue gewerkschaftliche Organisation von unten! Aber wie?

Wie stehen nun die Chancen für eine veränderte gewerkschaftliche Aktion? In vielen Betriebsräten gäbe es zahlreiche Diskussionen dazu, so ein Beitrag aus dem Publikum, die bestehenden Strukturen wieder kampffähiger zu machen, oft sei dies jedoch ein Kampf an zwei Fronten: gegen die Unternehmen und nicht zuletzt auch gegen die eigene Gewerkschaftsführung. Vor allem Vernetzung im internationalen und thematischen Rahmen wird als Chance benannt. Dabei müsse nichts neu erfunden werden, mahnte eine andere Stimme aus dem Publikum daran, das historische Werden von Gewerkschaften zu erinnern. Und schließlich ginge es vor allem auch um eine Politisierung der Belegschaften, eine Artikulation ihrer Anliegen und eine Neuformulierung gewerkschaftlicher Ziele.

Die Beteiligung der Belegschaften jedoch, so Röttger, sei ein hochgradig voraussetzungsvoller Prozess. Es müsse ein Prozess der Politisierung und der kritischen Auseinandersetzungen sein, denn die Ideologie des Standortwettbewerbs stecke auch in Köpfen der Belegschaften. In diesem Zusammenhang kam Bernt Kamin-Seggewies letztlich auf das Verhältnis zwischen Betriebsräten und Belegschaften zu sprechen. Er selbst habe den Widerspruch zwischen Führung und Solidarisierung als große politische Herausforderung empfunden. Denn das häufige

Streben nach Führung der Belegschaften sei stets auch eine Gefahr, für die Gewerkschaft und für die Belegschaft.

Literaturhinweis: Achten, Udo/Kamin-Seggewies, Bernt (2008): Kraftproben. Die Kämpfe der Beschäftigten gegen die Liberalisierung der Hafendarbeit, VSA, Hamburg.

Am 18.11.08 in Wien
TN 29
Teilkosten 340,91

Projektkosten: 3141,02

pI04 Frühlingsakademie

pI04.001 Frühlingsakademie 2008

Das war die Frühlingsakademie 2008!

Über 80 TeilnehmerInnen der Frühlingsakademie 2008 diskutierten drei Tage lang über den widersprüchlichen Begriff der Solidarität und über die Möglichkeiten, solidarische Politik im Alltag zu verankern. Ein Rückblick mit Ausblick.

Andreas Novy, Obmann der GBW-Wien, eröffnete die Frühlingsakademie, die den Titel "EineR für alle - alle für eineN. Wozu Solidarität?" trug, mit der Aufforderung, sich den Begriff Solidarität kritisch anzueignen und eine klare Abgrenzung gegenüber paternalistischen Konzepten und einer Politik des Charity zu treffen. Wenn es darum gehe, so Andreas Novy, eine andere Welt zu denken, dann müsse auch das Verständnis von Bildung verändert werden. Es brauche Bildungsarbeit, die sich als Vernetzung von solidarischen Handlungsmustern verstehe.

Solidarität ja, aber mit wem?

David Ellensohn, Gemeinderat in Wien, problematisierte in seiner Eröffnungsrede die eklatante Schieflage der Vermögensverteilung und -besteuerung in Österreich. Die bestehenden Regelungen der Vermögens- und Grundbesteuerung seien ein beredtes Zeugnis für falsch verstandene Solidarität: Momentan bestehe nämlich Solidarität vor allem mit Reichen und neuerdings werde auch eine Solidarität mit dem "Standort" eingefordert. Was jedoch nötig sei, so David Ellensohn, "ist eine Politik, die Reichtum gerecht verteilt." (Weitere Informationen zur Kampagne "Reichtum gerecht verteilen") Die mittlerweile bewährte Methode des Weltcafés wurde von den ModeratorInnen der Frühlingsakademie, Christian Harant und Silvia Nossek, vorgestellt und von den TeilnehmerInnen dazu verwendet, den Begriff der Solidarität zu schärfen und den eigenen Zugang zum Thema offen zu legen. Darüber hinaus wurde durch die Weltcafé-Methode das Thema individuell und kollektiv stärker ins Bewusstsein gehoben.

Das Modell einer solidarischen Gesellschaft

Anschließend begann Michael Albert, der Hauptredner der Frühlingsakademie, seinen Vortrag mit der Frage, welche gesellschaftliche Mechanismen Solidarität verhindern würden. Ausgehend von der Feststellung, dass wir in einer zutiefst unsolidarischen Gesellschaft leben würden, identifizierte Michael Albert in der kapitalistischen Klassengesellschaft das größte Hindernis für eine solidarische Miteinander. Der Zwang zu Lohnarbeit, die hierarchischen Entscheidungsstrukturen in Ökonomie und Politik, die autoritäre Ausgestaltung von marktförmigen Konsumbeziehungen, die Entmündigung und die fehlenden Mitbestimmungsmöglichkeiten der Betroffenen: All das seien konkrete Beispiele für Mechanismen, die Solidarität nicht nur erschweren, sondern aktiv verhindern würden, so Michael Albert. Er plädierte nach dieser ernüchternden Diagnose für ein alternatives Modell, soziale und ökonomische

Beziehungen zu gestalten. Das von ihm entwickelte Modell der partizipativen Ökonomie (Participatory Economics, kurz: Parecon) entwirft eine konkrete Utopie für eine Gesellschaft, die auf den Grundwerten der Solidarität und der demokratischen Mitbestimmung beruht. Für eine ausführlichere Auseinandersetzung mit dem Modell sei erstens auf den Audiomitschnitt der Vortrags von Michael Albert verwiesen, und zweitens auf den Vorbereitungstext).

Die Kraft der Beharrung

Silvia Nossek begann den zweiten der Frühlingsakademie mit einer Reihe von herausfordernden Fragen an die TeilnehmerInnen. Wie könne, angesichts der beharrenden und von den momentanen Zuständen profitierenden Kräfte in der Gesellschaft, eine Transformation in Richtung einer solidarischen Gesellschaft gedacht und gemacht werden? Und welche Herausforderungen in Bezug auf Organisation und Vernetzung stellen sich in diesem Zusammenhang? Genügt es, zu wollen und zu formulieren, oder ist erforderlich, zu tun und Widerstände zu bekämpfen?

Die Bewegung muss Strukturen verändern, ...

Cornelia Klinger, feministische Philosophin, fiel die schwierige Aufgabe zu, den umkämpften Begriff der Solidarität in einem Impulsreferat zu entwirren. Ausgehend von der Einbettung in seinen historischen Entstehungszusammenhang, der französischen Revolution, verdeutlichte Cornelia Klinger die Problematik des Begriffs. Denn während Freiheit und Gleichheit relativ einfach in konkrete Politik und verbindliche Gesetze übersetzt werden könnten, sperre sich das Konzept der Solidarität einer einfachen Umsetzung. Vielleicht deshalb, weil Solidarität ein synthetisches Gefühl sei, ein Gefühl, das flüchtig und mitreißend zugleich sei. "Doch Gesellschaft lässt sich nicht auf einem Gefühl aufbauen", konstatiert die Philosophin.

... ansonsten verändern die Strukturen die Bewegung

Als es im Anschluss an die französische Revolution zum Aufbau von Nationalstaaten kam, verschwand Idee einer universellen Solidarität langsam aus der politischen Auseinandersetzung. Während in staatstragenden Reden die Solidarität gerne beschworen wurde, wurden im Alltag Formen des unsolidarischen Handelns immer bestimmender: Nationalismus, Kolonialismus, Imperialismus, Unterdrückung der Frauen, Ausbeutung der ArbeiterInnen im aufkommenden Kapitalismus. Solidarisches Handeln wurde zur Aufgabe von Familien, "diesem idealisierten Ort von natürlichen sozialen Beziehungen", so Cornelia Klinger. Aus dieser Entwicklung gelte es zu lernen: Genauso wie es der ArbeiterInnenbewegung zeitweise gelungen sei, das Spannungsverhältnis zwischen Bewegung und Institutionalisierung erfolgreich zu bearbeiten, müsse es heute Aufgabe sein, eine Politik der Solidarität zu praktizieren, die einerseits um die Bedeutung von Bewegung und Mobilisierung wisse, und andererseits die Wichtigkeit von institutioneller Verankerung im Auge behalte. Das gesamte Impulsreferat ist als Audiomitschnitt verfügbar.

Patriarchale Gewalt und persönliche Betroffenheit

Eva Geber, langjährige Mitarbeiterin der AUF und Kämpferin für eine feministische Politik, legte ihr Augenmerk auf die politische Praxis und auf die alltäglichen Formen der Solidarität. Gerade die unmittelbare Auseinandersetzung mit patriarchaler Gewalt führe zu solidarischen Zusammenschlüssen, in denen die Möglichkeit, soziale Beziehungen anders und neu zu gestalten, evident würde. In jenen Momenten, in denen Frauen ihre gemeinsamen Interessen erkannt und die Werte Autonomie, Selbstbestimmung und Gleichheit zur Grundlage ihres Handelns gemacht haben, wurde auch der abstrakte Begriff der Solidarität in transformatorische Praxis übersetzt, resümiert Eva Geber. Das gesamte Impulsreferat ist als Audiomitschnitt verfügbar.

Gruppenarbeit: Nachdenken und singen

Der Nachmittag gehörte den sechs Arbeitsgruppen, in denen die vielfältigen Facetten von Solidarität aufgearbeitet, diskutiert und dokumentiert wurden. Die bereits angesprochene Vielschichtigkeit der Konzepts der Solidarität wurde am Abend auf kreative Weise vor Augen (und Ohren) geführt. Der Chor Gegenstimmen stimmte gemeinsam mit den TeilnehmerInnen ArbeiterInnenlieder an - eine lustvolle Aneignung gelebter und gesungener Solidarität. Ein äußerst gelungener Abschluss des zweiten Tags, der durch kaum zu bändigende Lust der Anwesenden. Ein paar Bilder versuchen die Stimmung einzufangen.

Was können wir tun?

Der Sonntag diente schließlich dazu, aus dem gemeinsam Erarbeiteten konkrete Ideen für solidarische Politik zu entwickeln. So wurde etwa auf die Entwicklung verwiesen, dass die grüne Partei, in ihrem Versuch, ihren Stimmenanteil zu maximieren, immer weiter in Richtung einer karitativen und humanistischen Politik tendiere und dabei den grünen Grundwert der Solidarität zusehends aus den Augen verliere. Im Gegensatz wurde die Notwendigkeit betont, solidarische Formen der Politik zu erproben und kleine Gruppen Gleichgesinnter zu bilden, um anhand konkreter Missstände solidarische Alternativen aufzeigen zu können. Eva Geber verdeutlichte die Problematik von emotionalisierenden Solidaritätskampagnen und führte den Fall Arigona als Beispiel hierfür an. "Hat das vielleicht nur deswegen so gut funktioniert, weil Arigona jung, weiblich und schuldlos war?", gab sie zu denken. Abseits von solchen Kampagnen müssten autonome Räume geschaffen werden, in denen eine Politik der Solidarität verwirklicht werden könne, resümierte Eva Geber. Andreas Novy nahm dieses Angebot zum Anlass, um zu Überlegen, wie die GBW-Wien zu einem Raum gemacht werden könnte, in dem sich politische Bildung, alternatives Handeln und kritisches Denken zu einer Praxis der Solidarität verschränken könnten.

Frühlingsakademie 2008: Drei Tage lang beschäftigten sich die TeilnehmerInnen in intensiven Diskussionen und vertiefenden Arbeitsgruppen mit dem Begriff der Solidarität, bestritten gemeinsam den geglückten Versuch, Solidarität für die politische Praxis zu Übersetzen.

Am 25.04.08 in Wien
TN 103
Teilkosten 20984,18

Projektkosten: 20984,18

p105 Politische Bildung

p105.001 Vortrag U. Kubes Hofmann

Dokumentation der Vortrags von Ursula Kubes-Hofmann im Rahmen der Generalversammlung der GBW-Wien, 15. Jänner 2008, 17:30 Uhr

Ursula Kubes-Hofmann fokussierte in ihrem Vortrag zum Thema "Eine andere Welt denken. Die emanzipatorische Funktion Politischer Bildung" auf die Bedingungen von politischer Partizipation und politischer Bildung in der heutigen Gesellschaft. Aus einer feministischen Perspektive verwies sie auf die Hartnäckigkeit, mit der sich patriarchale Strukturen nach wie vor reproduzieren würden, und kritisierte die oberflächliche Einschätzung, dass es mittlerweile zu einer weitgehenden Gleichberechtigung von Frauen gekommen sei. Als Beispiel hierfür verwendete sich einen Text, den sie vor mittlerweile mehr als 20 Jahren geschrieben hatte. Weder seien die darin diagnostizierten Diskriminierungen vollends aufgehoben, noch die erhobenen Forderungen erfüllt worden. Die Frage nach den Bedingungen für politische Partizipation führte zu der Einschätzung, dass über die Ausweitung und Intensivierung

von verschiedenen Formen von politischen Bildungsangeboten eine Form von Öffentlichkeit geschaffen werden könne, die Diskriminierungen und Privilegien benennen und dadurch einen Beitrag für eine alltäglich gelebte Demokratie leisten könne.

Am 15.01.08 in Wien
TN 33
Teilkosten 250

pI05.002 Gramsci Symposium- Folgeprojekte

Das Gramsci Symposium fand im Dezember 2007 statt. Die Abrechnung erfolgte zum Teil 2008.

Teilkosten 1031,42

pI05.003 Gramsci, Freire and Critical Education

Die Welt verändern ohne den Kopf zu verlieren - von Gramsci und Freire lernen

Antonio Gramsci und Paulo Freire sind wesentliche Wegbereiter kritischer politischer Bildung. Was können wir von ihrer Arbeit als Pädagogen, Politiker und Intellektuelle für unsere heutige politische Bildungsarbeit lernen? 25 Interessierte suchten kürzlich in einem zweitägigen Workshop der GBW-Wien Antworten auf diese Frage.

'Change' versprach der neue Präsident der USA dem Volk in seiner Wahlkampagne und traf damit anscheinend den richtigen Nerv. 'Wandel' sollte auch das Leitmotiv für den kürzlich unter dem Titel „Gramsci, Freire and Critical Education“ stattgefundenen Workshop der GBW-Wien bilden.

Der einzige Weg zur Veränderung sei Bildung, betonte eine Teilnehmerin schon in der Vorstellungsrunde. Bildung allein verändere gar nichts, erwiderte ihr Nachredner prompt. Damit war eine zwei Tage dauernde Diskussion über das Verhältnis von politischer Bildung und Gesellschaftsveränderung vom Zaun gebrochen. Das Handeln und Denken von Paulo Freire und Antonio Gramsci sollte dabei als Orientierungshilfe und Ideenspender dienen. Die beiden Erziehungswissenschaftler Peter Mayo und Carmel Borg führten in Grundgedanken von Freire und Gramsci ein. Die TeilnehmerInnen prüften in der folgenden Diskussion inwieweit diese Konzepte für politische Bildung heute noch fruchtbar sein können.

Bildung muss praktisch sein.

Paulo Freire versteht Bildung als Praxis, das heißt als einen Prozess des Handelns und des gemeinsamen Nachdenkens über dieses Handeln. Bildung müsse direkt an den Erfahrungen der Menschen ansetzen. Diese werden in einem Dialog überdacht und die daraus gewonnenen Erkenntnisse dazu verwendet, gemeinsam anders zu handeln und damit gestaltend in die Welt einzugreifen. Demgegenüber unterstützt unreflektiertes Handeln eher das Bestehende, als dass es Veränderung herbeiführt. Gleiches gilt für einen Dialog, dem keine entsprechendes Handeln folgt.

Die Gegenseitigkeit von Aktion und Reflexion spiegelt sich auch im Leben und Werk von Antonio Gramsci und Paulo Freire wieder. Antonio Gramsci (1891-1937) war erst in der Sozialistischen Partei Italiens aktiv, arbeitete als Redakteur in Zeitungen und engagierte sich besonders in der Erwachsenenbildung mit ArbeiterInnen in Turiner Fabriken. Später war er einer der führenden Köpfe der Kommunistischen Partei Italiens. Als solcher wurde er nach der Machtübernahme der Faschisten in Italien inhaftiert. Während seiner Haft verfasste er sein Hauptwerk, die Gefängnishefte, deren Kern Gramsci's „Philosophie der Praxis“ bildet.

Gramsci wird heutzutage in erster Linie als Politiker, Kulturkritiker und politischer Theoretiker wahrgenommen. Paulo Freire (1921-1997) ist vor allem als Pädagoge bekannt. Er war bis zum Militärputsch 1964 einer der Protagonisten umfangreicher Alphabetisierungsprogramme im ländlichen Brasilien. Nachdem ihm das

Militärregime ins Exil zwang, arbeitete er in Bildungsprogrammen in Afrika und Lateinamerika und verfasste einige grundlegende Werke politischer Bildungsarbeit, darunter seine „Pädagogik der Unterdrückten“.

Die Welt ist nicht, sie wird...

Obwohl sie zu unterschiedlichen Zeiten an verschiedenen Orten wirkten, teilten Gramsci und Freire eine gemeinsame Sicht auf die Welt. Diese sei voll von Widersprüchen, die sie in ständigem Wandel halten. Die Auflösung dieser Widersprüche wie jener zwischen UnterdrückterInnen und Unterdrückten, Reichen und Armen, Kapital und Arbeit müsse, ihnen zufolge, Ziel politischen Handelns sein. Beide verstanden Bildung als politisches Handeln. Sie sahen Bildung als Möglichkeit, wie Menschen sich der Widersprüchlichkeit der Welt, in der sie leben bewusst werden können. Ideologien und Mythen, die Menschen als passive vereinzelte ErleiderInnen gleichbleibender Umstände zeichnen, werden dabei entzaubert.

Die Behauptung SchülerInnen seien nicht intelligent oder fleißig genug oder deren Eltern zu nachlässig, sei ein solcher moderner Mythos in unserem Schulsystem, erklärte Carmel Borg. Probleme werden individualisiert, das Opfer beschuldigt, und die Umstände, unter denen SchülerInnen scheitern, völlig ausgeblendet. Das an einer Mittelschichtsnorm ausgerichtete Schulsystem, das Kindern aus ArbeiterInnen- oder MigrantInnenfamilien benachteilige, müsse im Prozess der Bewußtseinbildung gemeinsam problematisiert werden. Es gehe nicht darum, ewige Weisheiten zu verbreiten, sondern Unhinterfragtes zu hinterfragen, betonte Borg. Es gehe darum die gesellschaftliche Hegemonie, die sich im Alltagsverstand der Menschen spiegle herauszufordern. Hegemonie beinhaltet dabei nicht nur die gewaltsame durch eine wirtschaftliche und politische Ordnung abgesicherte Herrschaft einer Gruppe. Vielmehr bezeichne der von Gramsci entwickelte Begriff auch die stille Zustimmung einer Mehrheit zu einem Bild von der Welt, das diese Herrschaftsordnung stütze.

Gramsci, Freire – what else?

Da könne man von der feministischen Frauenbewegung lernen, warf eine TeilnehmerIn in die Diskussion ein. Viele Frauengruppen nahmen ihre alltägliche Erfahrung, ihren gesunden Menschenverstand, als Ausgangspunkt, um das männliche Herrschaftssystem und die entsprechende Ideologie zu hinterfragen. Sie blieben dabei nicht stehen, sondern entwickelten eine andere, ihren eigenen Erfahrungen entsprechende Sicht auf die Welt.

Peter Mayo warf ein, dass diese Praxis auch durchaus im Sinne von Freire und Gramsci sei, beide haben jedoch feministischen Anliegen in ihren Arbeiten kaum Raum gegeben. Er schlug vor, für eine zeitgemäße kritische Bildungspraxis in der Tradition von Freire und Gramsci, neben feministischen Ansätzen, auch rassismuskritische Zugänge stärker zu berücksichtigen.

In einer Abschlussrunde diskutierten die TeilnehmerInnen, wie man effektiv politische (Bildungs)Arbeit leisten könne, ohne im bestehenden System gefangen zu bleiben. Mayo und Borg wiesen darauf hin, dass Gramsci und Freire selbst innerhalb des Systems arbeiteten, das sie selbst kritisierten; Gramsci als Parlamentarier und Zeitungsredakteur, Freire als Pädagoge und Beamter. Wir alle arbeiten (taktisch) im bestehenden System, es gehe darum dessen Überwindung als (strategisches) Ziel zu verfolgen, betonte Mayo in seinem Resümee des Workshops.

Am 05.12.08 in Wien

TN 28

Teilkosten 2981,37

Projektkosten: 4262,79

pI06.001 Filmprojekt Afrikanische MigrantInnen

Das Projekt wurde nicht durchgeführt

Teilkosten 0

pI06.002 Verein Gedenkdienst

Gedenkdienst an der Einsatzstelle Anne Frank Stichting (Anne Frank Haus)
Amsterdam

Thomas Schautzer

Im August 2007 begann mein Gedenkdienst an der Einsatzstelle Anne Frank Haus in Amsterdam und dauerte insgesamt 12,5 Monate.

Vor meiner Entsendung an die Einsatzstelle in den Niederlanden wurde ich in drei Vorbereitungsseminaren durch meine Trägerorganisation, dem Verein GEDENKDIENST, ausführlich auf meine zukünftige Tätigkeit vorbereitet. Die Vorbereitungsseminare fanden an interessanten Orten statt, die in Verbindung mit der Geschichte des Zweiten Weltkrieges und dem Holocaust standen, so fand z.B. das zweite Vorbereitungsseminar in Ebensee, wo wir neben der Erkundung des ehemaligen Lagergeländes mithilfe von ZeitzeugInnengesprächen und Workshops inhaltlich vorbereitet wurden, statt.

Der Gedenkdienstler ist im Anne Frank Haus der Internationalen Abteilung zugeteilt. Weltweit besteht Interesse an den Aktivitäten des Anne Frank Hauses. Wanderausstellungen über Anne Frank wurden in sechzig Ländern gezeigt. Ausstellungspräsentationen in Österreich, in der Ukraine bis Japan machen die Wanderausstellung „Anne Frank – eine Geschichte für heute“ zur meist besuchten niederländischen Ausstellung im Ausland. In mehreren Ländern hat die Tournee der Wanderausstellung zu Folgeaktivitäten geführt, so z.B. zu Lehrer-Workshops und Schülerprojekten.

Im Mittelpunkt meiner Arbeit stand die Wanderausstellung „Anne Frank – eine Geschichte für Heute“ die im Rahmen verschiedener Projekte auf Schulen in ganz Österreich gezeigt wurde. Meine Haupttätigkeiten bezogen sich auf die Korrespondenz mit den Schulen sowie den Kontakt mit den SchülerInnen während der Projektlaufzeit.

Die Schulen erhielten die Wanderausstellung sowie kostenloses didaktisches Material welches vom Anne Frank Haus in Amsterdam erarbeitet wurde (Finanzierung: öffentliche Subventionen und Eigenbeitrag des Anne Frank Hauses).

Ausserdem wurden freiwillige SchülerInnen in einem zweitägigen Seminar zu AusstellungsbegleiterInnen mittels „Peer Education“ ausgebildet in welchen ich als Co-Trainer agierte. Die AusstellungsbegleiterInnen betreuten anschliessend – die Ausstellung blieb zwischen zwei und drei Wochen an jeder Schule – BesucherInnengruppen und Schulklassen ihrer als auch externer Schulen und organisierten selbständig ein Rahmenprogramm wie z.B. Ausstellungseröffnungen, ZeitzeugInnengespräche, themenbezogene Theaterstücke oder Gedenkstättenbesuche.

So ist es auch ein wichtiges Anliegen des Anne Frank Hauses, wie der Titel der Wanderausstellung „Anne Frank – eine Geschichte für Heute“ schon zeigt, die Verbindung zu aktuellen Themen wie Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung aufzuzeigen. Dies passiert beispielsweise in zusätzlichen Workshops in denen sich Jugendliche mit Menschenrechten auseinandersetzen. Hierfür wurden auch didaktische Programme wie „Free2Choose“ (multimediales Debattierprogramm) eingesetzt in welchen Jugendliche, Schülerinnen und Schüler zum Nachdenken anregende Dilemmata, die mit wichtigen Grundrechten wie Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit und dem Recht auf Privatsphäre verknüpft sind, reflektieren, diskutieren und debattieren.

In erster Linie soll in diesen Projekten das Einnehmen von Standpunkten und das kritische Beobachten der eigenen sozialen Umgebung aller SchülerInnen gefördert werden.

Zusammenfassend ist zu sagen dass ich die Jugendprojekte und die generelle Arbeit des Anne Frank Hauses als einen fortschrittlichen Weg der Auseinandersetzung für junge Menschen mit dem Holocaust bewerte und wie oben schon erwähnt die Brücke, also die Verbindung mit zeitgenössischen Themen sehr wichtig für eine moderne und funktionierende Demokratie empfinde.

in Asterdam

TN 1

Teilkosten 200

pI06.003 Entwicklungstagung

Wachstum – Umwelt – Entwicklung

Diesem Thema war die Vierte Österreichische Entwicklungstagung von Beginn an verpflichtet. Daher bemühten sich während drei Tagen der intensiven Diskussion internationale Expertinnen und Experten darum, die Verwobenheit der betroffenen Forschungs- und Politikfelder aufzuzeigen. Den Anfang machte ein an vielen Stellen kontroverser Eröffnungsdiskurs zwischen Heinz Leuenberger (UNIDO), Helga Kromp-Kolb (Boku Wien), Becky Malay (Philippinen) und Fred Kabuye (Uganda). Daran schlossen sich Diskussionsrunden zu den Themen Energie (u.a. mit Christoph Bals, Bonn) und Landwirtschaft (u.a. mit Fred Kabuye) an. Der Samstagnachmittag war fünf Foren zu den Kernthemen der Tagung (Klima und Entwicklung, Technologischer Fortschritt, Agrotreibstoffe, globalisierte Landwirtschaft und Nutzungskonflikte um Wasser) und zehn Workshops gewidmet. Mit Visionen, die von Elmar Altvater (Berlin) und Beckie Malay vorgetragen wurden, und der Forderung nach mehr Bereitschaft zum vernetzten Denken, organisierter politischer Aktivität und globaler Solidarität klang die Tagung schließlich am Sonntagmittag aus.

Für den nun schon seit 2001 laufenden Prozess der Entwicklungstagungen war von Anfang an fragenorientiertes Lernen zwischen den Disziplinen Programm, weswegen auch kleinteilige Arbeitsgruppen in Form von Workshops eine zentrale Stellung im Tagungsprogramm einnehmen. Die aktuelle Tagung in Innsbruck bot daher Raum für ungewöhnlichere Formen der Auseinandersetzung mit dem Thema, die sich von einem „Forum der JungforscherInnen“ über eine Filmvorführung bis zum partizipativen Theater zogen. Die Reflexion endet damit freilich nicht, sondern sie ist ein permanenter Prozess, der auch zwischen den Tagungen in verschiedenen Formen fortgesetzt wird. Auch für den Dialog zwischen Entwicklungs- und Umweltbewegten in Wissenschaft und Zivilgesellschaft war die Innsbrucker Tagung daher nur ein Beginn. Dafür garantiert nicht zuletzt die starke Beteiligung von Menschen aus Umwelt- und Entwicklungsmilieu sowie den Universitäten aus ganz Österreich.

"Wachstum – Umwelt – Entwicklung"

Ein Resümee der Entwicklungstagung

Unter dem Titel "Wachstum – Umwelt – Entwicklung" luden das Paulo Freire Zentrum, die Arbeitsgemeinschaft Globale Verantwortung, Ökobüro, Umweltdachverband und die Universität Innsbruck zur 4. Österreichischen Entwicklungstagung. Rund 400 TeilnehmerInnen haben sich schließlich Mitte November 2008 in Innsbruck getroffen, um sich mit diesem brisanten und komplexen Themenfeld auseinander zu setzen.

Drei Begriffe vereint der Titel der Entwicklungstagung, die eng miteinander verknüpft sind, in der politischen Praxis dennoch meist in fragmentierter Weise angegangen werden. Dass vorhandene Lösungsstrategien häufig von Inkohärenz und Widersprüchen geprägt sind, verwundert folglich nicht. Ziel der Entwicklungstagung war es im Sinne eines integrierten Entwicklungsbegriffes diese Fragmentierung zu

erkennen, in Frage zu stellen und somit einen Schritt in Richtung ihrer Überwindung zu gehen.

Entwicklung zwischen Wachsen und Begrenzen

Im Eröffnungsdialog, der darauf abzielte unterschiedliche Perspektiven und Herangehensweisen greifbar zu machen, wurde schnell deutlich, dass sich vor allem hinsichtlich des Wachstumsbegriffes und seiner Beurteilung die Geister scheiden. Dass vor dem Hintergrund von Klimawandel und begrenzten Ressourcen eine kritische Revision des Wachstumsbegriffes von Nöten ist, kristallisierte sich aus den gegensätzlichen Perspektiven jedenfalls klar heraus. Während aus der Sicht von Helga Kromp-Kolb (Klimatologin, BOKU Wien) klar die Notwendigkeit von Suffizienz und der Begrenzung von Wachstum besteht, betonte Heinz Leuenberger (UNIDO), dass Wirtschaftswachstum zum Zwecke der Armutsbekämpfung unumgänglich sei. Um dieses nachhaltig gestalten zu können, sei neben der Veränderung von Lebensstilen eine Effizienzsteigerung von zentraler Wichtigkeit. Sowohl Fred Kabuye (Africa2000Network, Uganda), als auch Beckie Malay (Vizepräsidentin der Freedom of Debt Coalition, Philippinen) wiederum forderten dazu auf, Wirtschaftswachstum differenziert zu betrachten: Wem nützen konkrete Wachstumsprozesse, wie sind diese gestaltet und wer bestimmt darüber?

Wer gibt den Ton an?

Dass Entwicklung allzu oft eben nicht im Sinne der breiten Bevölkerung gestaltet sei, sondern entsprechend der Interessen weniger, wurde konkret in Bezug auf landwirtschaftliche Entwicklung festgestellt. Dementsprechend auch die Conclusio von Fred Kabuyes Vortrag über Landwirtschaft in Ostafrika: Das Herzstück einer nachhaltigen Gestaltung sei nicht eine neue "grüne Revolution" oder ein Rückzug auf die Subsistenz, sondern die Demokratisierung von Entwicklungsprozessen sowie die Schaffung von Rahmenbedingungen zur Förderung lokal angepasster Produktionsweisen. Jedenfalls sei es nötig, die Landwirtschaft wieder stärker in den Fokus zu nehmen.

Auch in Bezug auf Energie, den zweiten, auf der Tagung reflektierten Kernbereich des problematischen Zusammenhangs von Wachstum und Umwelt, waren globale Machtverhältnisse ein wichtiges Thema. Christoph Bals (Germanwatch) strich bezüglich Energie die globale Schieflage hervor: Die Industrieländer verbrauchen einen Löwenanteil der fossilen Ressourcen und tragen dementsprechend massiv zum Klimawandel bei. Wirksame klimapolitische Maßnahmen seien hier dringend nötig, um einen entsprechenden Paradigmenwechsel zu erreichen.

Auch Elmar Altvater (ehem. Professor an der FU-Berlin) problematisierte die Ausbeutung fossiler Energieträger als Grundlage für den kapitalistischen Wachstumszwang, der natürliche Grenzen übertritt. Nicht die Veränderung von Lebensstilen auf der Mikroebene oder eine erhöhte Effizienz seien der Weg aus der Krise. Vielmehr brauche es eine grundlegende gesellschaftliche Umorientierung, die die Nutzung von Solarenergie ins Zentrum rückt.

Politik herausfordern und mitgestalten!

Wie solche Prozesse gesellschaftlicher Veränderung politisch zu gestalten sind, war eines der zentralen Themen auf der Tagung. Einerseits wurde wiederholt auf die Notwendigkeit hingewiesen, globale Probleme auf internationaler Ebene anzugehen und Institutionen der Global Governance zu stärken. Andererseits betonten Diskutierende wie auch Vortragende, dass zivilgesellschaftlicher Druck von unten eine grundlegende Voraussetzung für entsprechende politische Veränderungen darstellt. Einen klaren Appell hat Beckie Malay an die TeilnehmerInnen der Entwicklungstagung gerichtet: "Demokratisiert Wohlstand, nicht Armut!" forderte sie und rief zur Solidarität auf, um eine sozial gerechte Gestaltung von Entwicklungsprozessen einzufordern und Umweltzerstörung zu verhindern.

Darum, Reflexion mit Aktion zu verknüpfen, ging es schließlich auch im theatralischen Teil der Tagung. Im "Regenbogen der Wünsche" – einer Methode nach Augusto Boal – wurden die TeilnehmerInnen zu GestalterInnen, die sich selbst und ihre Zugänge zum Tagungsthema zueinander in Beziehung stellten.

Den einen Ausweg aus dem Dilemma von "Wachstum-Umwelt-Entwicklung" konnte auch diese Tagung nicht bieten. Aber einfache, schnelle Lösungen gebe es in einem so komplexen Problemfeld eben keine, stellten auch die beiden RapporteurInnen, Andreas Exenberger (Universität Innsbruck) und Birgit Habermann (Österreichische Akademie der Wissenschaften), die die Erkenntnisse aus den Foren zusammenfassten, fest. Gelungen ist allerdings, die kritischen Momente eines integrierten Entwicklungskonzeptes, das gleichermaßen an sozialer und ökologischer Gerechtigkeit orientiert ist, auszumachen: von der Energiewende bis zur Demokratisierung.

Weitere Informationen

Wer sich für weitere Inhalte der Vierten Österreichischen Entwicklungstagung interessiert, findet auf der Tagungs-Homepage eine ausführliche Dokumentation unter www.entwicklungstagung.at. Auch die Nummer 3/2008 des Journals für Entwicklungspolitik widmete sich dem Thema „Wachstum – Umwelt – Entwicklung“ aus interdisziplinärer Perspektive.

Am 14.11.08 in Innsbruck

TN 405

Teilkosten 1500

pI06.004 Inserat ATTAC Jahresbericht

Für dieses Projekt sind keine Kosten angefallen.

Teilkosten 0

pI06.005 ATTAC Mitgliedsbeitrag 2008

Mitgliedsbeitrag 2008

in Österreich

Teilkosten 1000

pI06.006 Venezuela: Hugo Chávez- Showman oder Revolutionär?

Hugo Chávez und die bolivariische Revolution

Am 14. Februar stellte Christoph Twickel seine Biografie des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez in Wien vor und legte seine Einschätzung des umstrittenen Projekts einer "bolivarischen Revolution" unter Führung von Hugo Chávez vor. Ein Rückblick.

Eine politische Biografie

Dem Autor, Christoph Twickel, ging es in seinem Buch und in seinem Vortrag darum, den politischen Aufstieg und Erfolg des derzeitigen venezolanischen Präsidenten aus der politischen und sozialen Geschichte des Landes zu erklären. Neben einer Biographie der Person Chávez liefert das Buch also auch eine politische Geschichte des Landes. Von mehreren Schlüsselereignissen ausgehend erklärt Twickel die Ursachen dafür, wie aus einem unbekanntem Unteroffizier eine der bedeutendsten politischen Figuren Lateinamerikas werden konnte.

Blutige Niederschlagung des Protests

Ende der 1980er Jahre verschärfte sich die soziale Ungleichheit in Venezuela und verstärkte die Ablehnung des als korrupt angesehenen politischen Systems des Landes. Im Februar 1989 spitzten sich die sozialen Spannungen zu, als die Regierung infolge der Schuldenkrise drastische Sparmaßnahmen durchsetzte. Die durch den Internationalen Währungsfonds erzwungenen Umschuldungsmaßnahmen führten zu

Massendemonstrationen, die am 28. Februar 1989 durch das Militär blutig niedergeschlagen wurden: Über 1.000 Menschen sollen an diesem Tag umgekommen sein. Das brutale Vorgehen und die vehemente Durchsetzung einer neoliberalen Wirtschaftspolitik fand in den unteren Rängen der Armee einige Gegner. Für den Buchautor Twickel markiert dieses Ereignis den wahren Beginn der "bolivarischen Revolution", denn auch Hugo Chávez gehörte zu jener Zeit einer klandestinen Gruppe innerhalb des Militärs an, die im Jahr 1992 einen Putschversuch unternehmen sollte, der als "El Madrugazo" (der Putsch startete in aller Frühe - madrugada) in die venezolanische Geschichte eingehen sollte.

El Madrugazo: Der gescheiterte Putsch

Hugo Chávez wurde im Februar 1992 erstmals einer breiten Öffentlichkeit bekannt, als er gemeinsam mit anderen Militärs die damalige sozialdemokratische Regierung gewaltsam zu stürzen versuchte. Sein kurzer Fernsehauftritt, der eigentlich das Scheitern des Putschversuchs, der als "El Madrugazo" in die Geschichte des Landes einging, erklären sollte, um seine putschenden Mitstreiter in den Provinzen zum Aufgeben zu bewegen, machte den Unteroffizier schlagartig bekannt und in den Barrios (Armenvierteln) populär. Sein bescheidenes Auftreten und die Aussage, dass der Umsturz "vorerst" gescheitert sei, hatten dazu geführt, dass sein Name zum Symbol des Widerstands gegen das politische Establishment wurden.

Es sollte von da an lediglich 6 Jahre dauern, bis Chávez zum demokratisch gewählten Präsidenten wurde. Ermöglicht wurde sein steiler Aufstieg unter anderem durch die völlige Diskreditierung der traditionellen Großparteien: Ihm gelang es, ein breites Bündnis zwischen der traditionellen Linken, Teilen der katholischen Kirche und bürgerlichen Kräften für sein radikales Reformprojekt zu formieren.

In den ersten zwei Regierungsjahren erfolgte die Ausarbeitung einer neuen Verfassung unter Einbeziehung von zivilgesellschaftlichen Gruppen, die einige basisdemokratische Regelwerke und soziale Rechte in der Verfassung verankerte. In diese Anfangsperiode fällt die Verabschiedung einer Landreform und die Neuregelung der staatlichen Einkünfte aus dem staatlichen Ölkonzern PDVSA, die in den vorangegangenen Jahrzehnten enorm geschrumpft waren. All diese Maßnahmen trafen die alten Eliten, die gegen die Regierung Chávez zu mobilisieren beginnt.

El Carmonazo: Putschversuch gegen Chávez

Die Auseinandersetzungen im Bereich der Medien verschärften sich zusehends: Auf der einen Seite stand die enorme Einflussnahme des "Presidente" auf die staatlichen Medien, auf der anderen Seite trugen private Medien durch ihre oppositionelle Propaganda zur angespannten Stimmung bei. Im Frühjahr 2002 kam es zu einem Aufbegehren der Mittel- und Oberschichten Venezuelas, die sich nun erstmals als "Zivilgesellschaft" präsentierten und den Protest der Straße als politisches Mittel einsetzten. Die Proteste richteten sich gegen die Bildungsreform, die als "Indoktrinierung" bezeichnet wurde, sowie gegen die häufigen Fernsehansprachen des Präsidenten, der von seiner Macht, Kettenschaltungen in allen TV-Programmen ausstrahlen zu lassen, allzu häufig Gebrauch machte.

Der von wirtschaftlichen Eliten und Teilen des Militärs vorbereitete Putsch erfolgte im April, nachdem bei Massendemonstrationen in Caracas am 11. April 2002 oppositionelle DemonstrantInnen durch Scharfschützen ermordet wurden. Die ungeklärten Ereignisse, bei denen auch Chavez-AnhängerInnen umkamen, dienten zur Legitimierung des Putschversuches. Oppositionelle Militärs setzten Chávez am folgenden Tag fest und Pedro Cabana, der Chef der venezolanischen Industriellenvereinigung, ernannte sich selbst zum Präsidenten. Doch nach nur zwei Tagen scheiterte der Putschversuch; der Rückhalt von Chávez bei der ärmeren Bevölkerungsmehrheit und im Militär war so groß, dass Chavez freigelassen werden musste und ins Präsidentenamt zurückkehren konnte.

Christoph Twickel interpretiert den Höhepunkt des Konflikts zwischen Hugo Chávez und dem Management des staatlichen Ölkonzerns PDVSA als einen "zweiten

Putschversuch", der sich im Dezember selben Jahres zutrug. Streiks und Aussperrungen in den Ölindustrie sollten den Präsidenten und die Regierung unter Druck setzen. Sie führten zu einem gravierenden Ausfall der Öleinkünfte im Ausmaß von 13 Mrd. US-Dollar, doch auch in diesem Fall behielt die Regierung letztlich die Oberhand und ersetzte einen großen Teil des Managements der PDVSA.

Wohin geht Venezuela?

Während in der Buchvorstellung die bisher erfolgten Sozialreformen und entscheidenden politischen Ereignisse der Ära Chávez im Mittelpunkt standen, dominierte in der Publikumsdiskussion das Interesse an den aktuellen politischen Entwicklungen in Venezuela. Das knappe Scheitern des Referendums über eine neue, "sozialistische" Verfassung im Dezember 2007 gilt als die erste große Niederlage des Präsidenten seit seinem Amtsantritt und wurde von dem TeilnehmerInnen der Diskussion als Ausdruck tiefgreifender politischer Probleme und Konfliktfelder gesehen. Die Ursachen dieser Niederlage sahen manche in der Bürokratisierung der Regierung, während andere auf die wachsende Distanz zwischen der Regierung und deren Basis, den sozialen Bewegungen, verwiesen.

Die künftige Entwicklung hinge, so der Autor Twickel, maßgeblich von der Zukunft der eben gegründeten Partei "PSUV" (Partido Socialista Unido de Venezuela) unter Chávez ab. Ihr Ziel, eine basisdemokratische Bewegung zu schaffen und in die Partei zu integrieren, soll dem Reformprozess neue Impulse geben.

Widersprüche

Die Buchpraesentation hat deutlich vor Augen geführt, wie schwierig es ist, die Person Hugo Chávez und das Projekt der "Bolivarischen Revolution" zu interpretieren und zu bewerten. Die widersprüchliche Entwicklung Venezuelas in den letzten Jahren hat einerseits eine Dezentralisierung der Macht und damit eine basisdemokratische Politisierung der breiten Bevölkerungsmehrheit gefördert. Gleichzeitig zeigt sich eine unübersehbare Machtkonzentration in den Händen des Präsidenten. Das Beispiel Venezuela verdeutlicht die Schwierigkeit von gesellschaftlicher Transformation und wirft immer wieder Fragen nach dem Verhältnis von basisdemokratischen Bewegungen und hierarchisch strukturierten Staatsapparaten auf.

Die Veranstaltung schloss mit einem Screening des Films "The Revolution Will Not Be Televised" von Kim Bartley und Donnacha O'Briain. (bbb)

Am 14.02.08 in Wien

TN 47

Teilkosten 278

p106.007 ÖH Frauen Frühlingsuni 2008

Workshopleiterin: Rosa B. Nentwich-Bouchal

Dauer: 10:00 Uhr – 13:30 Uhr

- Es wurden Instrumente vor Ort zur Verfügung gestellt, an denen sich die Teilnehmerinnen versuchen konnten (E-Klavier mit Tastengewichtung, Akustikgitarre, E-Gitarre, diverse Percussions-Instrumente) – hierbei war der Ansatz, gegenseitig bereits vorhandenes Wissen der Teilnehmerinnen zu entdecken und den Austausch dieses Wissens zu fördern.

- Durch die Gesangsausbildung der Workshopleiterin gab es die Möglichkeit, mehr über Atem-, Sprach- und Gesangstechnik nicht nur theoretisch sondern auch praktisch durch einfache Übungen zu erfahren.

- Da der Workshop auch mit der musikalischen Ausdrucksform als Kommunikationsmittel mit politischer Dimension konzipiert wurde, gab es auch das Angebot, sich im Texten für Songs zu probieren.

Verlauf:

Die Gruppe begann nach einer Vorstellungsrunde und Erwartungsabklärung damit, sich mit Rhythmusübungen musikalisch einzustimmen. Dabei wurden vorerst keine Instrumente zu Hilfe genommen, sondern durch körperakustische Bewegungen wie klopfen auf den Brustkorb, schnippen, klatschen und auf die Oberschenkel patschen ein bestimmter vorgegebener Rhythmus gehalten, durch nonverbale Entscheidung der Gruppe verlangsamt oder im Tempo erhöht. Die TeilnehmerInnen konnten, sobald sie eine gewisse Sicherheit im Umgang mit dem Tempo verspürten, ein Percussionsinstrument wählen und somit die Akustik des Rhythmusspiels verändern, später wurde das Instrumente-Spektrum auf Gitarre und Klavier ausgeweitet. Erstaunlich war an dieser Übung für die TeilnehmerInnen vor allem, dass reine Körperakustik bereits ein großes musikalisches Potential in sich birgt; für viele war es auch überraschend wie leicht ein Zugang und Erleben zu musikalischen Ausdruck möglich ist (einige hatten zuvor in Eingangstatements erwähnt, dass sie sich gar nicht sicher seien, inwieweit sie „musikalisch“ seien, aufgrund früherer Erlebnisse mit MusiklehrerInnen).

Eine Pause wurde mit „Wissensgruppen“, in denen gegenseitig vorhandenes Know-How unter den TeilnehmerInnen (eine Teilnehmerin erläuterte Basiswissen über Klavier, eine über Gitarre) ausgetauscht wurde, genutzt.

Nach der Pause entschieden sich die TeilnehmerInnen für einen Input in Gesang und darauf-folgende Einstiegs-Übungen in Atem- und Gesangstechnik. Diese wurden in der Gruppe, danach aber auch einzeln mit Statements zu den jeweiligen hörbaren „Ergebnissen“ durchgeführt. Besonders Kopf- und Sprechstimme wurden eingehend diskutiert und deren Zusammenhang mit Rhetorik. Dabei waren die TeilnehmerInnen besonders interessiert daran, wie die Tiefe der Sprechstimme eingesetzt wird, um eine gewisse Seriosität von Aussagen zu untermalen. Interessant daran war vor allem im Kontext der FFU die höhere Ton-Lage von Frauenstimmen, und die Frage und Diskussion, ob ein Sprach-Training, um eine tiefere Sprachlage zu erreichen, ein sinnvoller oder hinterfragenswerter Ansatz sei.

Die TeilnehmerInnen entschieden sich für eine längere Workshopeinheit zugunsten von Gesangs- und Sprachtechnik und verzichteten dafür auf das Angebot des Textens. Jedoch wurden Mailadressen ausgetauscht und mittlerweile eine Mailingliste zur Fortführung des Workshops eingerichtet. Der gesamte Workshop wurde von einer Journalistin von Radio Salzburg begleitet, als Radiosendung aufbereitet und noch in derselben Woche ausgestrahlt.

Am 22.04.08 in Salzburg

TN 100

Teilkosten 1000

p106.008 Studienfahrt ÖH Krakau/Auschwitz

ÖH-Studienfahrt nach Krakau und Auschwitz

9. bis 13. Mai 2008

Die ÖH-Studienfahrt nach Südpolen bietet Studierenden an der Universität Wien sowie Erasmus-Studentinnen und Studenten die Möglichkeit, sich in Kraków (Krakau) und Oświęcim (Auschwitz) der Vergangenheit anzunähern und sich kritisch mit Geschichte auseinander zu setzen. Die Reise hat im Sommersemester 2008 bereits zum dritten Mal stattgefunden.

Die Grundidee der Veranstaltung ist es den TeilnehmerInnen eine möglichst umfassende Darstellung mitteleuropäischer und jüdischer Kulturgeschichte näher zu

bringen; Nationalsozialismus, Totalitarismus und Erinnerung zu thematisieren und Gedankenanstoß für eine weitere, auch individuelle Beschäftigung mit diesen Themen zu sein.

Die diesjährige Reise hat einen besonderen Schwerpunkt auf Erinnerung und Verarbeitung von Erlebten gelegt. Erinnerung ging dabei zunächst von den TeilnehmerInnen der Reise aus, die aus unterschiedlichen Kontexten stammen, verschiedenen Ländern mit vermutlich nicht einheitlichen gängigen Diskursen zum Holocaust.

Erinnerung betrifft aber auch den Ort, den wir gemeinsam bereist haben. Krakau, vor allem aber auch das KZ Auschwitz I und Auschwitz II-Birkenau haben ihr Erscheinungsbild verändert. Wie sie heute gestaltet sind wird von verschiedenen Interessensgruppen, der Lagergemeinschaft, dem Staat, dem öffentlichen Diskurs mitgestaltet. Wir haben uns die Frage gestellt, inwiefern es Sinn macht diese Orte zu bereisen.

Fragen nach dem jeweiligen Selbstbild sind ebenfalls aufgekommen. Welches Gedenken präsentiert sich uns in Krakau, in Auschwitz durch das offizielle Polen, das heutige, das vergangene realsozialistische? Wie gestalten das andere Länder, wie ist das offizielle Selbstbild von kollektiven Gruppen (Nationen, Religionsgemeinschaften, politischen Organisationen...) und welche Übereinstimmung gibt es zum individuellen Selbstbild?

Schließlich war uns wichtig, auch unsere eigene Einbettung zu hinterfragen. Wie ist die Auseinandersetzung im engeren Umfeld? Sprechen wir mit den ZeitzeugInnen in unserer Umgebung? Was ist die Eigenheit an einem Gespräch mit einem Zeitzeugen, einer Zeitzeugin? Wie können die Facetten, die heterogenen Geschichten von uns erinnert werden, was sind die Medien, die das erleichtern?

Feedback der TeilnehmerInnen

Die Rückmeldungen der TeilnehmerInnen sind entsprechend der unterschiedlichen Motivationen für die Reise vielfältig ausgefallen. Das abwechslungsreiche sowie inhaltlich dichte Programm regt zu einer vertiefenden Auseinandersetzung auch nach der Studienreise an. Für jene, die sich schon intensiv mit Faschismus und dem Holocaust befasst haben, bot besonders die Diskussion in der Gruppe und mit den einzelnen TeilnehmerInnen die Möglichkeit, angeeignetes Wissen nochmals zu reflektieren und kritisch zu betrachten.

Nicht in allen Herkunftsländern der TeilnehmerInnen (Indien, Taiwan) wird der Holocaust als sehr einschneidendes Ereignis im 20. Jahrhundert tradiert. Vor allem die Teilnehmerinnen aus diesen Ländern haben eine ganz eigene Einsicht in europäisches Gedächtnis erfahren. In der Folge wollen sich einige TeilnehmerInnen mit der Geschichte ihrer Länder im Zeitraum des Zweiten Weltkriegs intensiver befassen. Die weitere Beschäftigung wurde auch durchaus auf das persönliche Umfeld bezogen. Es wurde Interesse dafür geweckt, sich mit Menschen aus dem eigenen Bekanntenkreis zu unterhalten, bei ZeitzeugInnen, der Familie nachzufragen.

Das Erleben der Gedenkstätten Auschwitz I und Auschwitz II-Birkenau, im Besonderen mit dem Zeitzeugen, Henryk Mandelbaum, hat für viele eine neue Dimension eröffnet. Mehrfach wurde betont, dass eine inhaltliche Vertiefung nun von noch größerer Bedeutung sei. Das Bewusstsein für die Tragweite des Holocaust hat sich weitgehend verändert.

Für die TeilnehmerInnen stellte die Studienreise den Beginn oder auch die Erweiterung einer vertiefenden Auseinandersetzung mit dem Holocaust, Erinnerung und Antifaschismus dar.

Anregung auch zu einer wissenschaftlichen Vertiefung, haben sicher die zwei wissenschaftlichen Beiträge geliefert. Andreas Filipovic und Katharina Okulski haben zwei spezifische Felder der Forschung beispielhaft betrachtet.

Die Nachbearbeitung fand so auch großen Zuspruch. Dort gab es Raum um den Fragen, die wir am Anfang bereits gestellt haben noch genauer nachzugehen. Mit Maria Newald und Helga Amersberger, beide im Verein Lagergemeinschaft

Ravensbrück und FreundInnen aktiv, konnten wir den nun teilweise noch brennenderen Fragen bezüglich der Erinnerung etwas nachgehen.

Im Besonderen haben wir uns mit dem beeindruckenden Erzählungen von Henryk Mandelbaum befasst. Die Bedeutung dieser Gespräche ist sehr groß, gerade deshalb ist es oft schwierig, eine Situation herzustellen, die es ermöglicht sich auszutauschen. Wir stehen nun immer mehr vor der Realität, dass es in unserer Verantwortung liegt, das was uns die ZeitzeugInnen berichten weiter zu tragen. Daraus entstehen viele Fragen, die genauso die eigene Geschichte betreffen, den Umgang mit Gewalt oder mit Antifaschismus.

Inhaltliche Schwerpunkte waren:

- Jüdisches Leben in Krakau vor 1938
- Unterstützt durch Filme
- Erinnerung und der Umgang mit Geschichte
- Leitlinien in der Geschichtsdarstellung in den einzelnen Ländern – deren Brüche, Widerstand

Am 09.05.08 in Krakau, Auschwitz

TN 26

Teilkosten 300

pI06.009 Filmprojekt "Das andere Ich"

Das Projekt wurde in Vorarlberg, Innsbruck und Wien vorgeführt. Nach den Vorführungen wurden von verschiedenen Vereinen Anfragen an uns gesandt, ob der Dokumentarfilm auch für Sozialprojekte beziehungsweise Filmvorführungen verwendet werden kann. Vor der offiziellen Veröffentlichung werden wir in der nächsten Phase den Dokumentarfilm bei verschiedenen Filmfestivals einreichen, um ein breiteres Publikum anzusprechen, und eventuell auch einen Vertrieb dadurch zu ermöglichen.

Da es über die Thematik - die Auseinandersetzung mit eigenen Erfahrungen über Liebe, Ehe, Beziehungen und Sexualität von kurdischen und türkischen Frauen - in Österreich beziehungsweise im deutschsprachigem Raum keine vergleichbare filmische Aufarbeitung in diesem Umfang und dieser Qualität gibt, werden wir in den nächsten Phasen auch vom Verein Okay zusammen leben (Frau Dr. Eva Grabherr) unterstützt.

Der Film wurde in Vorarlberg, Innsbruck und Wien gedreht, wodurch wir einen sehr großen organisatorischen Aufwand zu bewältigen hatten. Es handelt sich um ein sehr persönliches Thema, demzufolge wurden die interviewten Frauen mehrmals getroffen und erst anschließend gefilmt. Diese Herangehensweise hat sich auf die Qualität sehr positiv ausgewirkt. Da es unser erstes Filmprojekt ist, hat sich der Schnitt als eine zeitintensive und nervenaufreibende Arbeit herausgestellt, obwohl wir für die Technik jemanden beauftrag haben.

Rückblickend hat sich das Projekt weit über unsere Vorstellungen hinaus erfolgreich entwickelt, weshalb wir vorerst alle uns offen stehenden Möglichkeiten der Veröffentlichung nutzen werden und von verschiedenen Anfragen wie Diskussionen vorübergehend Abstand nehmen müssen. Wir bedanken uns nochmals für die Unterstützung seitens der Grünen Bildungswerkstätte Wien.

in Österreich

Teilkosten 700

pI06.010 Talaash

Seit Anfang der Projektkooperation mit der GBW Wien, haben 3 Diskussionsrunden stattgefunden. Die erste zu der Thematik „Gesellschaftspolitische Dimensionen des

Konfliktes auf Sri Lanka“, die zweite war zu „Die englische Sprache in Pakistan“ und die dritte war eine Diskussionsrunde mit Film zu „A Wednesday“ von Neeraj Pandey. Die Veranstaltungen waren gut besucht und es haben fruchtbare und spannende Diskussionen stattgefunden.

Die Diskussionsrunden sollen auch in der zweiten Hälfte des Projektes, das bis Juli 2009 geht, alle 6 Wochen stattfinden

Am 05.06.08 in Wien

TN 22

Teilkosten 0

pI06.011 EYULITA

Das Projekt wurde auf 2009 verschoben.

Am 09.10.08 in Wien

Teilkosten 0

pI06.012 Buchprojekt Islamophobie

Das Projekt wird erst 2009 fertig gestellt.
in Österreich

Teilkosten 0

pI06.013 Finanzmarktkrise

Das Projekt wurde auf 2009 verschoben.

Am 04.12.08 in Wien

Teilkosten 0

Projektkosten: 4978

Summe Projekte: € 39.618,89

Summe Sonderprojekte: € 0,00

Summe Internationale Projekte: € 35.054,74

Summe Bildungsaufwand im Topf A
Personalkosten: € 59.620,00

Somit betrug der unmittelbare Bildungsaufwand

in Wien im Jahr 2008 € 134.293,63

Anzahl Aktivitäten 63

Teilnehm. gesamt 1642

Teilnehm. Seminare, Workshops, ArbK	742
Teilnehm. Vorträge, Referate	94
Teilnehm. Podiumsdisk., Tagung	651
Teilnehm. Diskuss., Gespräch	0
Teilnehm. Ausstellung	0
Teilnehm. Event, Fest	0
Teilnehm. Sonstiges	155

Auflage gesamt 0

Auflage Zeitungen	0
Auflage Broschüren	0
Auflage Bücher	0
Auflage Inserate	0
Auflage Sonstiges	0